

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
31535 Neustadt
abromeit@t-online.de
www.tristan-abromeit.de

6. Dezember 2005
(Abschluß 10. 12. 05)

Deutscher Bundestag
- Petitionsausschuß-
Platz der Republik 1
11011 Berlin

A) Glückwunsch zur Einrichtung der Öffentlichen Petition (Seite 1 bis 7)

B) Hilfestellung bei der Bewertung der Öffentlichen Petition Nr. 8

Petent: *Adolf Holland-Cunz*, Arzbergstr. 22, 98587, Steinbach-Hallenberg¹ (S. 7 bis 38)
(Absatzziffern zur leichteren Verständigung)

A)

Sehr geehrte Vorsitzende Frau Kersten Naumann,
sehr geehrte Mitglieder des Petitionsausschusses,

- 1 ich habe mir vorzustellen versucht, wie es ist, wenn man einen Ausschußsitz übernimmt, vielleicht zum ersten Mal im Bundestag und womöglich noch fremd in Berlin ist, dazu mit den komplexen Regierungsbildung, mit dem Stühlerücken in der jeweiligen Fraktionen und dem Studium der Geschäftsordnungen befaßt ist, um sich dann gleich mit Petitionen in reichlicher Anzahl zu befassen hat, deren Inhalt und Bedeutung ja nicht immer leicht für jedes Mitglied auf Anhieb klar ist.
- 2 Ich beneide Sie nicht um ihre Rolle als Abgeordnete bzw. als Abgeordneter und der Aufgabe im Petitionsausschuß. Dabei kann es sein, daß der Petitionsausschuß mit den neuen Möglichkeiten im späteren Jahrzehnte-Rückblick als der wichtigste Ausschuß des Bundestages eingestuft wird. Ich begründe diese Annahme damit, daß die Öffentliche Peti-

1 Dieser Schriftsatz selbst ist weder eine Petition noch eine Bitte, sondern eine Stellungnahme eines Bürgers.

tion das Monopol der Parlamentsparteien bricht ², darüber zu bestimmen, was im Bundestag verhandelt wird und was nicht. Wenn der Ex-Bundespräsident Roman Herzog den vielzitierten Ruck für Deutschland anmahnen mußte, dann auch deshalb, weil der Bundestag wegen der grundgesetzwidrigen, kanalisierten Ideen- und Auftragszufuhr über die Parteien zu sehr in der Ausübung seiner Pflichten, der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und in der Suche nach Problemlösungen eingeschränkt ist.³ Die Öffentliche Petition kann hier zu einer Änderung führen. Darum beglückwünsche ich die Mitglieder des jetzigen Bundestag zu der Tat des vorhergehenden Bundestages. So auf Anhieb gesagt, ist es für mich der einzige Lichtblick, den der alte Bundestag erzeugt hat.

- 3 Auch wenn das Parlament und die Regierung in Zukunft auf Gesetze und Verordnungen verzichten würden, die eher Bürgerkrieg als Bürgerfrieden produzieren, wird es immer noch so sein, daß die Politik Frust und Wut unter Bürgern produziert. Der Abbau dieser Antigenfühle über eine Öffentliche Petition in zur Sachlichkeit zwingenden Form ist allemal besser, als wenn diese negativen Gefühle und Einschätzungen sich in einem Haß auf „Die da oben!“ und in „Die da in Berlin!“ festsetzen.
- 4 Die Öffentliche Petition dient also wie die Einrichtung des Ombudsmann zum Konfliktabbau zwischen den Bürgern und den Verfassungsorganen und andererseits zur Einführung von Informationen in die politische Debatte ohne Sperre oder Verformung durch die Parteiensfilter.
- 5 Ich habe damit eigene Erfahrungen gemacht. Auf meiner Internet-Haus-Seite befinden sich unter „Arbeiten und Texte“ mit der Nr. 1.1 (Arbeitslosigkeit) und 1.2 (Plädoyer für die Diskussion der theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen) Ausarbeitungen aus dem Jahr 1977 und 78, die politisch fließend und mit großer Zustimmung der Bürger das hätten einleiten können, was mit falschen Akzenten und untauglichen Mitteln mit der Agenda 2010 gegen großen Widerstand versucht wurde. Es war nicht einmal möglich, diese Inhalte innerhalb des Landesverbandes Niedersachsen der FDP zu diskutieren. Wie soll es dann ohne Zugang zu den Massenmedien möglich sein, neue Themen und Sichtweisen in der Öffentlichkeit und im Bundestag zu diskutieren, wenn das einzelne Parteimitglied schon Mühe hat, eine Bot-

2 Nicht total, aber wesentlich, weil die Bürger nicht mehr einfach von bürokratischen Hilfskräften abgewimmelt werden können.

3 Die Rolle der Lobbyisten lasse ich hier außer Betracht.

schaft über den Kreisverband hinaus zu transportieren?

- 6 1980 habe ich für die freiwirtschaftliche Ur-Gründungsgruppe der Grünen ein Programmbeitrag geschrieben, der inhaltlich wohl dem am nächsten kommt, was ursprünglich unter Sozialer Marktwirtschaft verstanden wurde.⁴ Obwohl die Gründer der grünen Partei, gewitzt durch die Erfahrungen in anderen Parteien, in der Satzung vorgesehen hatten, daß neben dem Mehrheitsprogramm in der Programmabteilung B) Minderheitenprogramme vorgestellt werden sollten, wurde dieser Beitrag nie parteiöffentlich diskutiert, dafür aber mit der Faschismuskeule niedergemacht. Diese Schrift konnte trotzdem zahlreich unter das grün orientierte Volk gebracht werden, aber nur auf eigene Kosten und im Namen des Arbeitskreises Dritter Weg NWO, und nicht zahlreich genug, um Wirkungen zu erzielen.
- 7 Also: Bevor ein neuer Gedanke über die Parteien die Parlamente zur Kenntnisnahme oder Verarbeitung erreicht, hat er einen langen, grauen Bart mit der Folge, daß von der Politik viele untaugliche Wege versucht oder vermeidbare Umwege gegangen werden. Wir haben auch das Problem der freiwilligen Gleichschaltung im Denken der Macher und Bericht-erstatte, den man auch als sozialpsychologischen Konformitätsdruck verstehen kann. Ich meine damit, daß sich die Mitarbeiter der Bürokratie, der Politik und der Massenmedien zum großen Teil aus den gleichen Hochschulkost genährt haben und sich aufgrund mangelnder geistiger und ökonomischer Unabhängigkeit zu sehr an ihren jeweiligen Vordermann orientieren. Es dauert lange bis ein neuer Gedanke in den Hochschulen einen alten verdrängt, aber dann wenigstens noch ein oder zwei Generationen bis der neue Gedanke in den Parlamenten durch neue Köpfe einen Sprecher findet.
- 8 Wenn ich hier auf eigenen Erfahrungen und Schriften zurückgreife, dann nicht aus Ichbezogenheit, sondern weil ich mir zeitlich und kräftemäßig nicht erlauben kann, Ihnen eine „Doktorarbeit“ mit Sichtung einer langen Liste von Literatur vorzulegen.⁵

4 Ich komme unter B) darauf zurück.

5 Wer etwas gelten oder werden will, beschäftigt sowieso mit anderen Dingen und nicht mit Harderstoffen wie Geld und Boden, die nicht überschätzbar wichtig sind, aber mit denen man nicht einmal einen Blumentopf gewinnen kann. An dem Thema, das man als Ursprungsidee der sozialen Marktwirtschaft bezeichnen kann, haben sich viele Bürgerinnen und Bürger ein Leben lang abgearbeitet – ohne Lohn und ohne öffentliche Anerkennung. Heute rief ein Lehrer an, dem ich schon einmal am Ende der 60er Jahre in einer Veranstaltung mit Josef Beuys begegnet bin. Er hat sich mit Georg Otto, der die Gründung der grünen Partei vorangetrieben hat und heute noch – hochbetagt – aktiv für die Demokratie und den ökonomischen Fortschritt wirkt, beschäftigt. Er wollte wissen, ob G. Otto schon das Bundesverdienstkreuz erhalten hätte. Ich habe sinngemäß geantwortet: „Menschen, wie Georg Otto, die nicht versuchen, unsere Gesellschaft mit schmückenden Schnörkeln zu versehen oder Wundpflaster verteilen, sondern danach streben, das die Ideologie von einer demokratischen, freien und sozialen Gesellschaft sich zur Wirklichkeit wandelt, hängt man keine Orden um. Amtsin-

9 Als ich 2004 die Petition an den Deutschen Bundestag mit dem Gegenstand Prüfung einer alternativen Ökonomie vom Juni 1987, das dazugehörige Hintergrundschreiben GLAS-NOST UND PERESTROJ KA auch in der Bundesrepublik Deutschland vom Januar 1988 und die dazugehörige Korrespondenz im April 2004 für meine Internetseite aufbereitet habe, habe ich u.a. folgendes geschrieben:

10 „Ich will den Vorgang hier nicht kommentieren. Ich bin mir auch nicht sicher, ob ich in der Rolle als Abgeordneter oder Amtsinhaber besser auf einen derartigen Schriftsatz – wie ich ihn in 1988 produziert habe – reagiert hätte als meine damaligen Adressaten. Ich denke aber, daß der Haupttext und die Korrespondenz einer fachlichen Fremdanalyse wert wären.

Deutlich macht der Vorgang nur, daß in unserer politischen Maschinerie eine Schaltstelle fehlt, über die Korrekturinformationen eingespeist werden können. Die Verweise, diese Informationen auf dem Weg über die Parteien, die Presse oder die Wissenschaft in die Politik einzuspeisen, erweisen sich zu oft als Sackgassen.“

11 Ich kann mir also einbilden, die Offene Petition mit auf dem Weg gebracht zu haben.

12 In den Erläuterungstexten zur Öffentlichen Petition heißt es:

„Seit 1. September 2005 hat der Petitionsausschuss einen Modellversuch zur Mitzeichnung von Petitionen im Internet freigeschaltet. Im Einverständnis mit Petentinnen und Petenten können Petitionen von allgemeinem Interesse im Internet veröffentlicht werden. Dritten wird die Möglichkeit eröffnet, diese Petitionen zu unterstützen oder anderweitig zu kommentieren. „...“

13 Wenn die Aussage „Modellversuch“ sich auf das Internet bezieht, kann man diese „Notbremse“ des Bundestages noch akzeptieren, es sein denn, diese Notbremse in Form der Schließung des Internetzuganges wird gezogen, weil das Instrument dem Bundestag zu heiß wird. Nicht akzeptabel wäre es aber, wenn der Bundestag das Verfassungsrecht der Petition wieder wie gehabt auf persönliche Belange des Petenten einengt.

14 Weiter heißt es in den Erläuterungen:

„Der Petitionsausschuss hat mit dem Forum den Bürgern bewusst einen erweiterten Zugang zum Deutschen Bundestag eröffnet. Man wünscht sich eine möglichst offene, vielseitige und sachbezogene Diskussion der öffentlichen Petitionen, um die im Diskussionsforum abgegebenen Kommentare und unterschiedlichen Sichtweisen zu

haber und solche Zeitgenossen, die ein Amt anstreben gebietet „politische Klugheit“, sie zu übersehen. Bestenfalls läßt man sie stellvertretend durch verbohnte Ideologen mit politischen Dreck bewerfen..

einer Petition - seien sie pro oder kontra - kennen zu lernen und sich mit ihnen auseinandersetzen. Der Petitionsausschuss möchte dadurch einen möglichst breiten Erfahrungshorizont aktiver Bürger in die parlamentarische Beratung der Petitionen einbeziehen.“

15 Das ist ein guter Grundsatz. Ich nehme an, das zum Schutz dieses Anliegens das Diskussionsforum zur Öffentlichen Petition Nr. 8 geschlossen wurde, weil eine sachbezogene Diskussion von einigen Kommentatoren sabotiert wurde. Erst hatte ich angenommen, durch die Schließung des Forums sollte der Petent und die MitzeichnerInnen vor unsachlichen Angriffen geschützt werden. Aber soweit sind wir ja wohl noch nicht, daß die Würde von Minderheiten, die eine bessere Republik wollen, sich aber nicht in das Links-Rechts-Schema einfügen lassen, als ein schützenswertes Gut erkannt wird. Oder doch?

16 Besonders gut finde ich, daß Lichtbilder von den Ausschußmitgliedern gezeigt werden oder durch einen Klick sichtbar gemacht werden können. Ich stufe diese Sichtbarmachung der Mitglieder als eine De-Eskalationsmaßnahme ein. Denn nach meiner Einschätzung ist die Anonymität der Mächtigen oder scheinbar Mächtigen der Nährboden für Ärger, Zorn und Wut auf Seiten der Bürger gegenüber den so genannten Politikern (Bürger in einer anderen Rolle). Vielleicht läßt sich das Verfahren weiter entwickeln, so daß auch dem Ausschußmitgliedern die Petentinnen, die Petenten, die Befürworter und Kommentatoren bei Bedarf sichtbar werden.

17 Ich zitiere ein paar Sätze aus dem Leitartikel von Matthias Koch aus der HAZ vom 1. 12. 2005 zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin. Es heißt dort u.a.:

„Lassen Sie uns mehr Freiheit wagen', sagte Angela Merkel in ihrer ersten Regierungserklärung. Damit knüpfte die CDU-Chefin an einen sozialdemokratischen Ahnherrn im Kanzleramt an: Willy Brandt. Ein Zufall war das nicht – sondern eines von vielen Zeichen dafür, dass Deutschlands neue Regierungschefin entschlossen ist, alte ideologische Gräben salopp zu überspringen.“ ...

...“Wenn Merkel sich durch das leise fortwirkende alte Denken in Union und SPD einengen ließe, wäre sie die falsche Kanzlerin für die Große Koalition. Merkel will sich jenseits des überkommenen Links-rechts-Schemas vorarbeiten zu etwas Neuem, etwas Drittem.“ ...

... Ungerecht ist auch, 'wenn wir Menschen entmündigen und ihnen die Möglichkeit nehmen, ihre eignen Kräfte zu entdecken.“

18 Wer einen solchen Satz über die Freiheit sagt, der muß zu erkennen geben, daß es für die Bürger der Bundesrepublik mehr geben muß als die Konsumfreiheit und die politische Narrenfreiheit. Was erkämpft werden muß, ist die haftende Gestaltungsfreiheit. Diese Freiheit würde das Bildungswesen und das soziale Sicherungsnetz revolutionieren. Erforderlich wäre es dann aber auch, daß das Kapital und der Staat den Bürgern nicht den größeren Teil ihres Arbeitseinkommens räuberisch wegnimmt. Wenn „Freiheit wagen“ von Angela Merkel nicht genauso schnell zu einer Phrase für Erinnerungs- und Sontagsreden werden soll, wie der Ruf, „Laßt uns mehr Demokratie wagen!“ von Willy Brandt, dann muß das Parlament die Diskussion um Demokratie und gesellschaftliche Gestaltung viel gründlicher aufnehmen. Es ist eine Diskussion, die von den Parteien mehr verhindert als gefördert werden (können).⁶ Es waren im Parteidenken verhaftete Funktionäre und Bundestagsabgeordnete, die den Weckruf Brandts sabotiert haben.

19 Natürlich ist es notwendig das Links-rechts-Schema zu überwinden, weil es die Welt weder erklärt noch verbessert.⁷ Die Grünen haben in der Gründungsphase diese Überwindung zu ihrem Programm gemacht und mußten dann erleben, daß sich dieses Schema nochmals besonders heftig in ihrer Partei austobte. Wenn Angela Merkel und die politischen Kräfte, die sie tragen, mehr Glück haben wollen mit der Überwindung des Links-rechts-Schemas, dann muß das Parlament erst einmal herausarbeiten, welche gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten unsere Republik denn überhaupt hat. Es muß gezeigt werden, welche Strukturelemente die Freiheit und ökonomische Selbstbestimmung fördern, welche unterdrücken und welche institutionellen Einrichtungen die Bürger selektiv bereichern oder verarmen lassen und welche ökonomisch neutral sind. Es ist wieder ein Thema, was ohne Ideenzufuhr aus der Öffentlichkeit im Parlament nur auf kleiner Flamme gekocht werden kann, so daß dabei nichts Genießbares entsteht.

20 Die Menschen, die an der Ursprungskonzeption der Sozialen Marktwirtschaft gearbeitet haben, haben auch gesagt: Wir dürfen die Menschen nicht entmündigen. Wir müssen dafür sorgen, daß sie für sich selber sorgen können. Schauen wir uns aber die Geschichte der Bundesrepublik an, so beschreibt sie einen Prozeß der Entmündigung in Permanenz.⁸ Es er-

6 Es ist mehr institutionelles Problem als Ausdruck eines blinden oder bösen Willens.

7 Die Aussagen über das Links-rechts-Schema gelten auch für das Denken und Entscheiden jeweils entlang der Fraktionsgrenze.

8 Man kann auch sagen, die Entmündigung der Deutschen durch die Nazis wurde beibehalten, nur durch Konsum-, Reise- und Meinungsfreiheit im Sinne von Narrenfreiheit, gemildert. Der Anspruch „Wir sind das Volk!“ wurde vom Bundestag und den Länderparlamenten reklamiert. Der Bürger wurde schon immer für zu dumm gehalten, seine Angelegenheiten selbst zu regeln. Wir beklagen die Wahlmanipulationen in totalitären

scheint fast so, als hätten die Abgeordneten ihr Selbstwertgefühl von den Grad der Abhängigkeit ihrer Wähler von ihnen abgeleitet. Ich hätte gerne weibliche und männliche Abgeordnete benannt bekommen, die sich auffällig für die Unabhängigkeit der Bürger eingesetzt haben. Viele scheinen auch die Qualität von Gesetzen mit der Quantität von Gesetzen zu verwechseln.⁹ Auch hier ist ein Umdenken erforderlich, das durch Kräfte außerhalb der Parteienherrschaft angeregt werden muß.

21 Der Wandel in der Gesellschaft, im Verständnis und Gestaltung von Demokratie und Ökonomie wird kommen – mit oder gegen den Bundestag. Mit der Offenen Petition hat sich der Bundestag die Möglichkeit geschaffen, in diesem Prozeß eingebunden zu bleiben. Das ist gut so.

Abschnitt B) I

Sehr geehrte Frau Naumann,
sehr geehrte Damen und Herren!

22 Ich habe nun nicht die anderen Petitionen daraufhin durchgesehen, ob sie im Widerspruch zu der Petition Nr. 8 von Adolf Holland-Cunz stehen oder diese fördern. Das empfinde ich als Mangel. Ich hoffe, daß andere ihn beheben. Ich will hier mit dem Text der Öffentlichen Petition Nr. 8 beginnen, weil nicht jeder, der meine vorliegende Stellungnahme in die Hand bekommt, den Text von Adolf Holland-Cunz gelesen oder ihn in Erinnerung hat. Also nachfolgend der Text der Petition:

23 Mit der Petition wird eine gesetzliche Regelung gefordert, mit der Artikel 14 Abs. 2 Grundgesetz ("Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.") besser zur Geltung verholfen werden soll, indem die durch Guthabenzinsen bedingte Umverteilung von Arm zu Reich z.B. durch eine konstruktive Umlaufsicherung gestoppt werde.

Staaten, verschließen aber die Augen vor den Wählermanipulationen durch raffinierte Werbetechniken, die der Wähler auch noch selbst bezahlen muß. .

9 So wie ein großer Prozentsatz von Krankheitsleide ihre Ursache in der Behandlung von Krankheiten haben, so hat wahrscheinlich ein noch größerer Prozentsatz der Kriminalität ihren Ursprung in überflüssigen oder mangelhaft durchdachten Gesetzen ihre Ursache.

Begründung:

Der deutsche Staat hat Eintausendvierhundert (1 400) Milliarden Euro Schulden und muss dafür ca. 80 Milliarden Euro Zinsen zahlen. Die Wirtschaft hat noch einmal doppelt so viele Schulden und immer mehr Privathaushalte sind überschuldet. Die

Guthabenzinsen, die die Gläubiger erhalten, fließen zu 96% an die reichere Bevölkerungshälfte, 47% an die reichsten 10%, wobei die 200 000 Superreichen nicht mit erfasst sind (Fairconomy 1/2005). So wandern jährlich über 300 Milliarden Euro, mehr als der Bundeshaushalt, von den Arbeitenden zu den Besitzenden.

Zinsen werden von allen gezahlt, anteilig mit den Steuern und stecken in den Preisen aller Wirtschaftsgüter. Bedient werden damit die Eigentümer großer Anlagevermögen. Das ist eine Umverteilung von unten nach oben, von Arm zu reich, viel mehr als die Einkommensteuerprogression und die Zinsabschlagsteuer ausgleichen.

Das Zinsgeldsystem verletzt das Grundgesetz, da es eine Minderheit fördert und die Allgemeinheit schädigt.

Hilfen dazu können gegeben werden von: Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V. www.cgw.de, Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung www.inwo.de, und weiteren unserem Zinsgeldsystem kritisch gegenüberstehenden Gruppen.“¹⁰

24 Zusätzliches Gewicht erhält die Petition durch folgende Meldung auf die ich per E-Mail hingewiesen wurde und die unter www.INWO.de abgerufen werden kann:

25 „Hans-Josef Fell, Sprecher für Energie- und Technologiepolitik von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Bundestag, hat sich auf der Tagung "Höhere Energiesteuern und niedrigere Lohnkosten" der Bischöflichen Akademie Aachen in Zusammenarbeit mit dem Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. (SFV) zum Zinsproblem geäußert.

Im Zusammenhang mit der politischen Umsetzbarkeit einer Energiesteuer-Strukturreform sagte Fell, er halte das Zinsproblem für grundlegend, es sei für enorme Umverteilung von arm zu reich verantwortlich.

Dabei hielt er einen [Bierdeckel der INWO e.V. mit der Aufschrift "Dieses Bier hat 30% Zinsanteil"](#) hoch und ergänzte, steuerliche Lösungsvorschläge würden dieses Problem nur entschärfen aber nicht lösen können. Weiter führte er aus, dass die politische Umsetzung neuer Konzepte auf der Ebene der Städte und Gemeinden einfacher sei als auf der übergeordneten Landes-, Bundes- oder europäischen Ebene. Mit Bezug auf das Zinsproblem bezeichnete er Komplementärwährungen als positive regionale Versuche in Richtung eines zinsfreien Geldes.“

26 Die Frage ist, ob die große Mehrheit des Petitionsausschusses, des Bundestages, der Bun-

10 Übernommen von der Internetpräsentation des Petitionsausschusses.

desrepublikaner überhaupt versteht bzw. verstehen kann, was eine „konstruktive Umlaufsicherung“ ist. Ich vermute: Nein! Ich beschreibe jetzt die Funktion und Bedeutung der Umlaufsicherung:

- 27 1. Die Umlaufsicherung soll das bewirken, was der Volksmund unter anderem wie folgt fordert: „Taler, Taler du mußt wandern, von einem zum andern!“ oder „Der Rubel muß rollen!“ Dies wird dadurch erreicht, daß das Geld genauso einem Angebotsdruck ausgesetzt wird, wie es die Waren von Natur aus durch Alterung, Lagerkosten etc. sind. Das heißt, das gestückelte Geld wird künstlich einem Alterungsprozeß ausgesetzt. Die einzelne Banknote entwertet sich pro Jahr prozentual in der Höhe der durchschnittlichen Entwertung der Waren.¹¹ Dies bedeutet aber nicht, daß die Währung entwertet werden soll, im Gegenteil erst jetzt wird es möglich, eine absolute Preisniveaustabilität zu erreichen.. (siehe 9.)
- 28 2. Eine „konstruktive“ Umlaufsicherung wird gefordert, weil die destruktiven Umlaufsicherungen, der Zins und die Inflation a) unsicher und b) mit Umverteilungseffekten verbunden sind. Der Zins bewirkt eine Umverteilung von Arm auf Reich, wie in der Begründung beschrieben und die (dosierte) Inflation bewirkt eine illegale Einkommensübertragung vom Gläubiger auf den Schuldner, verfälscht alle auf Geld lautenden Verträge und vergiftet das Klima zwischen den Sozialpartnern.
- 29 3. Die konstruktive Umlaufsicherung ist ein wesentlicher Baustein, um überhaupt die Soziale Marktwirtschaft erstmals zu installieren zu können.
- 30 4. Die konstruktive Umlaufsicherung wurde von Silvio Gesell nach Erfahrungen als Kaufmann und Nachdenken über das Wirken von Währungen entwickelt, bevor John Maynard Keynes das Instrument des Deficit-Spending¹² erfunden hatte, das in der Anwendung Erfolge aufzeigen konnte, aber die Staaten in die handlungsunfähig machende Schuldenfalle gelockt hat.
- 31 5. Mit der Umlaufsicherung des Geldes würde erstmals das klassische Sayesche Theo-

11 Auf oder im Markt begegnen sich Warenanbieter und mit Geld ausgestatteter Nachfrager in gleicher Stärke oder Schwäche.

12 „Deficit-Spending: planmäßiges Verhalten öffentlicher Haushalte, zusätzliche Staatsausgaben zur Verminderung der Arbeitslosigkeit oder zur Ankurbelung der Konjunktur zu tätigen und diese durch Verschuldung zu finanzieren.“ (Gabler Banklexikon)

rem ¹³ seine Gültigkeit bekommen, nämlich daß jede Produktion, sich selber seine Nachfrage schafft, eine Überproduktion und eine Arbeitslosigkeit nur partiell vorkommen könne. Es geht also bei der Umlaufsicherung nicht nur um die Einkommens- und Vermögensverteilung, sondern auch und besonders um die Vollbeschäftigung.

32 6. Aber auch das Zinseinkommen, das die Idee der Leistungsgesellschaft verfälscht, hat beschäftigungsmäßige Effekte. Der leider tödlich verunglückte Dieter Suhr, Professor der Rechte und Verfassungsrichter ¹⁴ formulierte es einst so: Der Zins schafft Einkommen aus Kassen mit Bedarf in Kassen ohne Bedarf. Das Geld in den Kassen ohne Bedarf sucht dann Anlage in (meist von Staat subventionierte) Großprojekte, die gegen die ökologische Vernunft oder das Friedensgebot sprechen.

33 Was auf dem ersten Blick verblüfft ist, daß ohne Umlaufsicherung des Geldes sowohl der niedrige wie auch der hohe Zinssatz für die Konjunktur schädlich ist. Der niedrige Zins ist für den Realkapitalinvestor (in der Regel Kreditnehmer) günstig für den Geldkapitalinvestor (in der Regel Kreditgeber) ungünstig. Beim hohen Zinssatz ist es umgekehrt. Nach Einführung der Umlaufsicherung braucht man auf den Geldinvestor keine Rücksicht mehr nehmen. Er wird sein Geld auch bei einem Null-Ertrag für Investitionen hergeben, weil er sonst einen Verlust erleidet.

34 7. Eine Verschiebung des Einkommens vom Kapitaleinkommen zu Gunsten des Arbeitseinkommens (Auch der Unternehmerlohn ist Arbeitseinkommen!) würde die Chancen für selbständige Existenzen explosionsartig erhöhen und damit ebenfalls ein Beschäftigungseffekt haben. Das Schöne und Gute würde nicht nur Käufer aus der kleinen Gruppe der oberen Einkommenschicht finden, sondern im Durchschnittshaushalt.

35 8. Bekannt ist nicht allen, daß die monotheistischen Religionen, die islamische, die jüdische und die christliche aus religiösen und ethischen Gründen in der Gegnerschaft zum Zinseinkommen stehen oder standen. Die christlichen Kirchen haben versucht, den Zins

13 Jean Baptiste Say lebte von 1767 bis 1832.

14 Dieter Suhr hat in kurzer Zeit eine Reihe von Titeln vorgelegt, die sich mit der Geldproblematik auseinandersetzen. Er war auf seine Kollegen von der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten nicht gut zu sprechen, weil sie wesentliche ökonomische Fragen ignorieren. In Bezug auf den Zins ist er zu dem Schluß gekommen, daß dieser nicht durch die Eigentumsgarantie geschützt ist. Eine Klage vor dem Verfassungsgericht hielt er aber noch für verfrüht, weil erst ein Bewußtseinswandel der Verfassungsrichter durch eine wissenschaftliche Diskussion erwirkt werden müsse. Josef Hüwe hat versucht Suhrs Gedanken in einem Zeitschriftenartikel mit dem Titel „Zur verfassungsrechtlichen Kritik der Geldordnung“ (HumanWirtschaft, Heft 11 / 12 2005) zusammen zu fassen.

mit Verboten zu bekämpfen. Dieser Kampf mußte verloren gehen, weil die ökonomischen Zwänge stärker waren, aber auch weil die Kirchen vom eigenen Anteil am Zinsertrag verführt wurden.¹⁵ Den Juden ist nur auferlegt, vom Glaubensbruder, von der Glaubensschwester keinen Zins zu nehmen. Vom Fremden ist ihnen die Zinsnahme gestattet. Dies hat in Verbindung mit dem Verbot, ehrliche Berufe auszuüben, dazu geführt, daß Juden in der Vergangenheit überproportional in das Geldgeschäft gedrängt wurden. Das hatte tragische Folgen, weil die Not erzeugenden Probleme, die strukturell über die Jahrhunderte mit dem Geld verbunden waren, personalisiert wurden. Hier liegt die wesentlichste Quelle des Antisemitismus. Silvio Gesell ist vermutlich der einzige Ökonom, der vor dem Niedergang der Weimarer Republik es als ein großes Unrecht gegenüber den Juden bezeichnet hat, ihnen die Wirkungen des falschen Geldwesens anzulasten.¹⁶

36 Die Umlaufsicherung des Geldes ist aber kein Verbot der Zinsnahme, aber wirksamer als ein Verbot. Der Zins als Preis für die Überlassung von Liquidität bleibt erhalten. Der Zins als Ausbeutungsrate geht in den Keller, weil eine Dauerkonjunktur zur reichlichen Realkapitalbildung führt und in Folge, den Preis für die Überlassung von Geldkapital (die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals) nach unten drückt.

37 9. Da für die Preisniveaustabilität die Menge des zirkulierenden Geldes wichtig ist, die Notenbanken unter den gegebenen Bedingungen aber nie richtig wissen, wie viel von dem ausgegebenen Geld in Horte verschiedener Art lagern und sie zudem Angst vor einer deflationierenden Wirkung ihre Stabilitätspolitik haben müssen, wenn sich diese dem Ziel von Null Inflation nähert, haben sie mit der konstruktiven Umlaufsicherung ein Instrument in der Hand, das sie in die Lage versetzt, die Geldmenge genau zu steuern ohne Angst zu haben, in eine Deflation abzurutschen.

38 10. Für die technische Ausgestaltung der konstruktiven Umlaufsicherung gibt verschiedene Verfahren. Mein verstorbener Freund Elimar Rosenbohm, der lange in einer Landeszentralbank gearbeitet hat, sagte wiederholt sinngemäß: Wenn die Geldtechniker in der Bundesbank das Prinzip erkannt haben, bzw. wenn man ihnen auferlegt, es anzuwenden,

15 Und wieder verführt werden sollen. Die Idee über das Kapitaleinkommen von Stiftungen (als Ersatz für rückläufige Kirchensteuern) den Armen und Bedürftigen zu helfen, ist hahnebüchen, denn die Armen finanzieren zum wesentlichen Teil diese Kapitaleinkommen.

16 Als Dank für seine judenfreundliche Haltung wurde er in den letzten Jahrzehnten als Antisemit eingestuft und weil er propagierte, daß alle Menschen das gleiche Recht auf unseren Erdball hätten, egal welcher Rasse, Kultur oder Sprachgemeinschaft sie angehörten, wurde er als Rassist beschimpft. Ist sie nicht faszinierend, diese verlogene Logik?

dann sind die intelligent genug, kurzfristig eine praktikable Lösung zu finden.

Abschnitt B) II

39 In der Geschichtsschreibung kommen die Ursachen für Konflikte, die in untauglichen Währungsverfassungen ruhen, in der Regel zu kurz, weil sie nicht in den Wirtschaftswissenschaften diskutiert und daher auch von der Geschichtswissenschaft nicht gesehen werden. Die Ursachen für Kriege und Wechsel der Regierungsformen werden eher in den Eigenschaften der einzelnen Menschen und der Völker gesucht als in ihren unzulänglichen gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen.

40 1. Der erste Weltkrieg war für die beteiligten Völker schon dadurch vorprogrammiert, daß sie mehrheitlich noch Währungsverfassungen mit Golddeckung (ersatzweise Devisendeckung) hatten. Das bedeutete, daß sie sich in einer wachsenden Wirtschaft nur dann die zusätzliche Geldmenge beschaffen konnten, wenn sie einen Außenhandelsüberschuß erzielten. Daß dieses Verfahren in einem großen „Schlachtfest“ enden mußte, wenn alle nach einem Überschuß strebten, ist doch logisch.

41 2. Die kapitalistisch überlagerte Marktwirtschaft funktioniert am besten nach einem künstlichen Zusammenbruch (Krieg), den eine Volkswirtschaft erlitten hat (Das heißt die Menschen leiden. Ein System funktioniert oder auch nicht.) Das ist nichts Geheimnisvolles. Nach umfangreicher Zerstörung von Sachkapital und Wirtschaftsgütern der Privathaushalte ist ein Bedarf an allen Gütern da. Man braucht keine Werbung, weil den Produzenten alles aus der Hand gerissen wird. Da die Sparquote noch niedrig ist, ist die Verzinsung von Geldanlagen hoch, aber Zinslast der Gesamtheit aufgrund des geringen Sparvolumens (Geldkapitals) noch niedrig. Wer irgendwie kann, bemüht sich an diesem „Zinssegen“ teilzuhaben. Das ändert sich im Laufe der Zeit bei annähernder Vollbeschäftigung mit Sättigung der Märkte und wachsender Ersparnisbildung. Die Kapitalrendite geht in den Keller. Die Liquiditätsfalle (Keynes) beginnt zu wirken. Der Ausweg: Rüstung und Krieg. Auch für unser Vorbild USA war jeder Krieg eine ökonomische Notwendigkeit und vielleicht nebenbei eine Verteidigung von Demokratie und Freiheit. Die konstruktive Umlaufsicherung hätte schon nach dem Ersten Weltkrieg diesen Teufelskreis durchbrechen können.

42 3. Wir Deutschen sind so konditioniert worden, daß wir alle Scheußlichkeiten dieser Welt auf unser Schuldkonto gebucht haben. Da der einzelne Bürger auch gar nicht messen und bewerten kann, wie groß denn die Verbrechen sind, die im Namen Deutschland begangen worden sind, ist es auch klug, daß Maß für die eigene Schuld nicht zu klein zu nehmen. Es ist auch bequem durch die Anerkennung der Schuld der vorherigen Generationen selber in den Status des guten Deutschen zu gelangen. Die Hebung der Schuld der Deutschen in den Status einer Religion wird aber dann gefährlich und tödlich für viele Menschen¹⁷, wenn dadurch die wahren Ursachen für den Untergang der Weimarer Republik verschleiert werden. Und in einer Zeit, die für die Juden in Deutschland eine hohe Zeit des Judentums gewesen ist (Nahum Goldmann), kann der Antisemitismus, der neben der Blüte des Judentums in Deutschland europaweit vorhanden war, nicht den Sieg des Nationalsozialismus herbeigeführt haben. Die wahren Ursachen: „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“, Gerhard Ziemer (Textauszüge unter der Nr. 26.1 und 26. 2 auf meiner Internetseite). Die Demokraten von damals, der Reichstagsmitglieder, waren nicht in der Lage zu erkennen, das die falschen Währungspolitiken die Gesellschaft zerstörten. Wenn das allgemeine Volk den Irrglauben der Nationalsozialisten übernahmen, die Juden steckten hinter das Unbegreifliche und Bedrohliche¹⁸, so liegt hier auch ein großes Versagen der Sozialwissenschaften vor, denn diese hätten - wenn sie ihre Profession wirklich wissenschaftlich und nicht wie Glaubenschulen betrieben hätten – die Ursachen erkennen können. Es war nur wenige Vertreter der etablierten Wissenschaft die wie die Vertreter der Freiwirtschaftsschule vergeblich gegen den Wahnsinn angekämpft haben. Besonders enttäuschend war für die Aufklärer, daß sich die Sozialdemokraten, auf die so viel Hoffnung gesetzt wurde, damals mit Parteiausschlüssen gegen neue Einsichten gewehrt haben.¹⁹

43 Es hat sich in dieser Hinsicht heute gegenüber damals nicht viel geändert. Nur daß sich die Sozialdemokraten aus der geistigen Unterwerfung unter den Marxismus befreit haben und nach einem Zwischenspiel mit dem Keynesianismus diesmal Lernfähigkeit beweisen

17 Siehe „Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher“ von Jean Ziegler.

18 Heute glaubt man die Banken und die multinationalen Konzerne seien die Drahtzieher. Selbst die Regierungen gehen davon aus, daß die Banken einen so großen Einfluß hätten, daß man glaubt, sie mit einem gesetzlichen Zwangskäfig bändigen zu müssen und dadurch die Bankenkonzentration noch fördert, weil die kleinen Banken an den Kosten der Auflagen zu Grunde gehen.

19 Das muß man aber nicht als Ausdruck eines bösen Willens deuten, sondern als Herrschaft der Ideen, der wir uns aussetzen, wenn wir zu ihnen keine Distanz bewahren. Damals hatte sich die SPD noch dem Marxismus unterworfen, der jenem Teil von Marx Werk ausschließt, der eine monetäre Betrachtung der Geschichtsläufe erlaubt.

wollen, sich dabei aber in die gedanklichen Fallen des Kapitalismus verstricken. Die Führungselite der SPD glaubt heute offensichtlich, der Kapitalismus sei naturnotwendig und das Soziale in unserer Gesellschaft bestünde in der Korrektur des Kapitalismus durch eine zentralistische, vormundschaftliche, kostenträchtig Sozialpolitik.²⁰

44 4. Wie lange ist es her, daß Gerhard Schröder, damals noch Bundeskanzler, sagte, es gibt kein Recht auf Faulheit? Vorausgesetzt, die Massenmedien vermitteln noch ein Stück Wirklichkeit, konnte man ja Schröders Willen und den seiner Regierung wahrnehmen, der darauf zielte, das Arbeitslosenproblem zu lösen. Die Realität war aber, daß das Problem sich nicht auflöste. Da mußte es doch aus der Sicht Schröders Schuldige geben, die das verhinderten. Und da entdeckte er Arbeitslose, die es sich in ihrem Status häuslich eingerichtet hatten. Denen mußte man klar machen, daß es kein Recht auf Faulheit gibt. Aber wer sagt denn, daß Arbeitslose, die sich mit ihrer Situation abgefunden haben faul sind? Sie nutzen wie Unternehmer nur eine vom Staat geschaffenen Situation so aus, wie es für sie am vorteilhaftesten ist. Ich selber nenne Arbeitnehmer und Unternehmer die glauben, sich aus einem Kühlschrank (Staat genannt) bedienen können, ohne ihn selber durch eine Entsprechung wieder aufzufüllen, Kühlschranksozialisten. Die Kühlschranksozialisten überwindet man aber nicht mit Moralien und Strafgesetzen, sondern durch Spielregeln, die den Egoismus der Nutzer einbeziehen.

Die moralischste Wirtschaftsordnung ist diejenige, die mit dem geringsten Anspruch an die Moral des einzelnen auskommt.

Oswald von Nell-Breuning, 1948

45 Schröders Spruch hat damals Karl Ernst Gundlach zu dem Buch „Und ein Recht auf „Freiheit gibt es doch!“ (2002) angeregt Im Vorwort heißt es:

Freudig lächelt die junge Dame vom bunten Werbeposter und rät den Berufseinsteigem(!) >>Entspannt euch und lasst euer Geld arbeiten.<< Welch eine Motivation für die Jugend und welches Geld? Geld das noch gar nicht verdient ist oder welches Geld soll da wohl >>arbeiten<<? Aber dennoch, auch der junge Mensch ohne Beruf kann Geld >>arbeiten<< lassen,

20 Diese Aussage drückt keine Abneigung gegen Sozialdemokraten als Menschen aus. Ich habe Freunde und Nachbarn, die sich in der SPD abrackern, wie andere in anderen Parteien. Das Gleiche gilt auch für die Mitglieder der Linken. Ich verstehe die Existenz der Linken als Bundestagfraktion als Folge davon, daß ein Teil der SPD-Mitglieder und -Wähler den Schwenk der SPD-Führung nicht mitmachen konnte. Das bedeutet aber noch nicht, daß der Wandel in der SPD verzichtbar gewesen wäre, und daß die Linke auf dem richtigen Kurs wäre.

nämlich geerbtes oder gewonnenes zum Beispiel! Bundeskanzler Gerhard Schröder hat bei seiner Äußerung zu kurz gedacht, als er allen Deutschen das Recht auf Faulheit absprach, denn er hat leider eine ganz wesentliche Einnahmequelle, nämlich die Kapitaleinkünfte, vergessen! Die Zinseinnahmen der Anleger haben in Deutschland vom Betrag her das Bundeshaushaltsvolumen bereits überflügelt und fließen zu 90% an nur 10% der Haushalte. Ein anderes Zehntel der Bürger aber ist überschuldet. Das schöne daran ist, Kapitaleinkünfte kann man sehr wohl bei oder trotz eigener Faulheit einstreichen, weil andere dafür arbeiten müssen, aber nicht der Anleger unbedingt selbst! Ein ganz besonders gut betuchter Zeitgenosse, Milliardär genannt, sagte dazu in einem Rundfunk-Interview: >>Derweil mein Geld laufend Junge bekommt, lasse ich mir heute auf den Malediven, morgen auf den Bahamas und übermorgen auf Hawaii, je nach Wetterlage die Sonne auf den Pelz scheinen! Mein Privatflieger steht startklar dort drüben vor der Tür und der Wetterbericht bestimmt das Flugziel! Ist das nicht herrlich?<<

Das ist dem gesellschaftlich verbrieften, legalen Recht auf Faulheit zu verdanken. Alle Anlage-Millionäre arbeiten selbst eigentlich nur noch zum Spaß, um noch schneller noch reicher zu werden oder um Machtgelüste zu befriedigen. Nötig hätten sie das nicht, da sie von den Zinseinkünften gut leben könnten, wenn sie wollten. (S. 7)

46 Der Reichtum der Wenigen wird den Bürgern täglich über die Medien präsentiert. Da die Menschen realistisch genug sind, daß vielleicht jedem 10.000sten möglich ist, einmal zu den Reichen zu gehören, ist es nicht verwunderlich, wenn sie auf den Gedanken kommen, sich über die Ausbeutung der Sozialsysteme zu bereichern. Oder was der Wahrheit näher kommt: Die Menschen nutzen die Sozialsysteme, um sich ein Teil von dem, was ihnen geraubt wurde wieder zurück zu holen. Aber diesen Gedanken will ich gar nicht weiter verfolgen, sondern ich will versuchen den Zusammenhang zwischen Umlaufsicherung und Länge der Arbeitszeit zu verdeutlichen.

47 Schröder hat sicher seinen Spruch von „kein Recht auf Faulheit“ von einer Schrift von Paul Lafargue, dem Schwiegersohn von Karl Marx, abgeleitet, dessen Titel lautet: „Das Recht auf Faulheit – Widerlegung des 'Rechts auf Arbeit' von 1848“. Um Mißverständnissen vorzubeugen:

48 Lafargue versteht Faulheit als Muße. Und wer in Muße eine Tätigkeit nachgeht, begeht keinen Müßiggang, der aller Laster Anfang sein soll. Auch ist die Ermöglichung von Muße heute nicht nur geboten, um die Arbeitslast gerechter zu verteilen, sondern sie ist Voraussetzung, für die Realisierung von Demokratie und Kultur. Der Arbeitstag dauert auch heute noch mit Pausen und Fahrwege über 10 Stunden bei erhöhter Arbeitsintensität gegenüber früheren Zeiten. Träger von Kultur und Demokratie können aber nicht von der Arbeit aus-

gelaugte Bürger sein. Schon der wirtschaftliche Freizeitsektor leidet, wenn die Leute keine Zeit und Kraft mehr für dessen Angebote haben. Lafargue empfiehlt ein Gesetz zu schmieden, daß es verbietet mehr als drei Stunden pro Tag zu arbeiten.

49 Oswald von Nell-Breuning urteilt über diesen Komplex wie folgt:

Ich denke nicht an die 35-Stunden-Woche, auch nicht an die 24-Stunden-Woche. Ich denke an eine viel weitergehende Arbeitszeitverkürzung. Ich stelle mir vor, daß wir dahin kommen werden, dass zur Deckung des gesamten Bedarfs an produzierten Konsumgütern ein Tag in der Woche mehr als ausreicht. Es wird auch dazu kommen, daß eine Auffassung, die wir bisher als - ich möchte sagen - eine ewige Kategorie angesehen haben, sich als eine historische Kategorie erweisen wird, nämlich, daß der Beruf des Menschen in jener Tätigkeit besteht, durch die er sein Brot erwirbt. Durch die steigende Arbeitsproduktivität wird der so verstandene Beruf geradezu zur Nebensache werden.

(aus: *Arbeitet der Mensch zuviel?*, 1985)²¹

50 Und in der Tat ist ja die Frage, wo die ökonomische Vernunft liegt, wenn bei Millionen Arbeitslosen, die wirtschaftlichen Problemen mit längerer Arbeitszeit überwunden werden sollen. Das scheinbar Paradoxe ist, daß in Zeiten der Vollbeschäftigung sich kürzere Arbeitszeiten besser durchsetzen lassen als in Zeiten der Unterbeschäftigung eine Volkswirtschaft. Umgekehrt ist es genauso. Längere Arbeitszeiten lassen sich in Zeiten der Unterbeschäftigung durchsetzen. Dies zeigt, daß kürzere Arbeitszeiten nicht so sehr Erfolge der Gewerkschaftsarbeit sind, sondern von Machtverhältnissen im Arbeitsmarkt. Arbeitgeber suchen in Zeiten der Unterbeschäftigung nicht nur aus Gründen der Ertragssteigerung (und damit der Dividendensteigerung oder bei staatlichen Arbeitgebern zur Kompensation von geringeren Zuweisungen aus dem Steueraufkommen) intensiver nach einer Kostenminimierung, sondern häufig genug auch oder nur, um selbst wirtschaftlich überleben zu können.

51 Das eine Unterbeschäftigung ein Ungleichgewicht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern insgesamt bedeutet, liegt offen zu Tage. Genauer hinsehen muß man schon, wenn man erkennen will, daß nur ein Teil der Arbeitgeber davon einen Nutzen hat, der andere Teil aber wie die Arbeitnehmer von der Situation selbst geschädigt wird.

52 Nun wird in dieser Situation schon seit Jahren nach mehr Wachstum gerufen. Aber in einer

21 Hier zitiert nach Helmut Zenz: Oswald von Nell-Breuning im Internet

endlichen Welt kann es kein unendliches Wachstum geben. Aber die Last und die Freude der Erwerbsarbeit kann man auf alle verteilen, das Ungleichgewicht der Kräfte auf dem Arbeitsmarkt beheben. Das geht nur über die Vollbeschäftigung. Und die Vollbeschäftigung erreichen wir nur über die konstruktive Umlaufsicherung des Geldes, der Sicherung das unter allen Umständen Einkommen wieder zur Nachfrage wird.

Abschnitt B) 3

53 Ich komme zum Thema Soziale Marktwirtschaft und konstruktive Umlaufsicherung. Ich habe in meinem Text „Die Bundestagswahl 2005“ und den Anhängen (Text Nr. 35.0 ff.) einiges Material zum Thema Soziale Marktwirtschaft zusammengetragen. Hier berichte ich über das zum Verständnis Notwendigste.

54 1. Als Namensgeber der Idee von der „Sozialen Marktwirtschaft“ gilt wohl unstrittig Alfred Müller-Armack mit seinem Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“. Aber in diesem Buch wird schon deutlich, daß das Soziale in der Ökonomie nicht von der Sozialpolitik hergeleitet wurde.²² Die Begriffsbildung (also die Inhaltsbeschreibung des Wortpaares) erfolgte aber von den Ordoliberalen / Neoliberalen erster Prägung vertreten unter anderem vertreten durch Wilhelm Röpke und Walter Eucken, von den Ökonomen, die von Franz Oppenheimers Denken beeinflusst waren u.a. Erich Preiser und Ludwig Erhard und durch die von Silvio Gesell gegründete Freiwirtschaftsschule unter anderem Vertreten durch Otto Lautenbach, Paul Heinrich Diehl und Ernst Winkler.

55 2. Die Arbeit der Begriffsbildung wurde aber nicht abgeschlossen. Sie wurde gestört durch die Alltagspolitik²³, durch den Tod von Mitwirkern und durch Kräfte, die eine konventionelle, also kapitalistische, Marktwirtschaft wollten. Besonders bedauerlich ist dabei, daß die Zusammenarbeit zwischen den Ordoliberalen und den Freiwirtschaftler nicht fort-

22 Der Textumfang vom Kapitel Sozialpolitik umfaßt 4 ½ Seiten von 157 in der Sonderausgabe von 1990.

23 Damit sind wir bei einem weiteren Punkt unseres Programms angelangt: bei der Steuerpolitik. Die Steuerpolitik ist heute ein bestimmender und entscheidender Faktor für die wirtschaftlichen Dispositionen geworden. Wir müssen uns klar machen, daß es wohl kaum noch einen Unternehmer gibt, der nicht bei jedem größerem Geschäft, das er zu tätigen beabsichtigt, zuerst die Frage stellt, wie dieses geplante Geschäft unter steuerpolitischen Gesichtspunkten aussieht. So bestimmt also die Steuerpolitik die Entscheidungen der Unternehmer und nicht die wirtschaftliche Situation. Damit ist eine weitgehende Verfälschung der Marktwirtschaft gegeben. Die Steuerpolitik ist wirtschaftspolitisch und konjunkturpolitisch nicht mehr neutral. (Otto Lautenbach in „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft, 1951, S.51)

gesetzt wurde oder werden konnte, denn eine solche Zusammenarbeit hätte der Republik rechtzeitig neue Perspektiven aufzeigen können. Sowohl die Oppenheimersche (Nicht-) Schule wie auch die Freiwirtschaftsschule waren von ihren Wurzeln her, Teile der Bodenrechtsreformbewegung (Henry George / Adolf Damasche). Sie waren gewillt, dieses Denken in die reale Politik der BRD einzubringen. Nicht nur Konrad Adenauer hatte sein bodenreformerisches Denken in der Vorkammer zur Macht abgelegt, sondern im Laufe der Zeit hat sich auch die SPD ihr halbherziges bodenreformerisches Denken abgestreift. Wenn man Macht will, darf man eben keine Grundsätze haben. Heute verscherbeln Minister unabhängig ihrer parteipolitischen Einbindung Teile der Republik, die allen Bürgern gehören, wie ein x-beliebiges reproduzierbares Gut. Schon aus diesem Grund kann man sie nicht als Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft benennen.

56 3. Nachfolgend ein Zeugnis dafür, daß die Soziale Marktwirtschaft auch nicht in Ansätzen realisiert wurde:

„Zum großen Verdruß von Müller-Armack habe ich selbst einmal die soziale Marktwirtschaft als die >>theoretische Begleitmusik<< zu unserer Wirtschaftspolitik bezeichnet; das wollte er nicht gelten lassen und sie lieber als >>theoretische Programmusik<< bezeichnet wissen. Immerhin hat auch er bei der gleichen Gelegenheit sich dahin geäußert, >>das, was wir in der Bundesrepublik anstreben, ist eine >>soziale Marktwirtschaft (>sozial< in Anführungszeichen) ...

Die Wirklichkeit wird wahrscheinlich (Sic!) nie einer solchen möglichen Ordnung entsprechen. Es ist klar, daß erst recht die gegenwärtige Wirklichkeit (das war 1955) einer solchen Ordnung noch nicht entspricht.<< Noch viel deutlicher an späterer Stelle: >>Es ist keine Rede davon, daß ich sage, das faktisch Bestehende sei soziale Marktwirtschaft. Das faktisch Bestehende hat im Sinne der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft soziale Wirkungen gehabt. Die soziale Marktwirtschaft ist der Entwurf einer möglichen, bisher nur teilweise realisierten Konzeption.<< So Müller-Armack in: >>Der Christ und die soziale Marktwirtschaft<<

In der Grundsatzfrage weichen demnach Müller-Armack und ich insoweit voneinander ab, als er die - damalige, erste und ursprüngliche - Konzeption der sozialen Marktwirtschaft für eine >>mögliche Ordnung<< hält bzw. hielt, während ich zwar überzeugter und entschiedener Anhänger der Verkehrs- oder Marktwirtschaft bin, auch noch in Übereinstimmung mit ihm und mit den Neoliberalen überhaupt den Wettbewerb für ein überaus nützliches Ordnungsinstrument halte; dann gehen aber unsere Meinungen auseinander; im Gegensatz zu Müller-Armack und den Neoliberalen kann ich den Wettbewerb, auch den noch so geschickt institutionalisierten Wettbewerb, nicht als ausreichendes Instrument und noch weniger als Ordnungsprinzip der Wirtschaft ansehen; der Wettbewerb allein reicht nicht aus, damit die Wirtschaft auch nur einigermaßen reibungslos funktioniert, noch viel weniger, um den sozial befriedigenden Vollzug

und ein sozial gerechtes Ergebnis der Wirtschaft zu gewährleisten.“

57 So Oswald von Nell-Breuning in „Den Kapitalismus umbiegen“ 1990, S. 236. Man merkt an vielen Stellen der Literatur, daß die unterschiedlichen Schulen der Ökonomie nicht richtig mit einander kommunizieren konnten und daher zum Leidwesen des Volkes ihre Ziele verfehlten.

58 4. Der nachfolgende Text ist aus der Schrift „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft, Wortlaut der Vorträge, die auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 9. und 10. November 1951 in Heidelberg gehalten wurden“. In den Erfordernissen unter Nr. 1 wird die Kaufkraftbeständigkeit und die Funktionsfähigkeit der Währung betont. Die Funktionsfähigkeit ist nach allen leidvollen Erfahrungen ohne konstruktive Umlaufsicherung nicht gewährleistet.

59

THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFT

Wahre Demokratie mit persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit erfordert als Grundlage unabdingbar eine freie Wettbewerbsordnung (soziale Marktwirtschaft). Demokratie und Zentralverwaltungswirtschaft sind unvereinbar.

Die vollendete soziale Marktwirtschaft ist imstande, den Lebensstandard zu erhöhen, die Kriegsfolgelasten leichter zu tragen, den Lastenausgleich durchzuführen und den Sicherheitsbeitrag ohne Beeinträchtigung des gegenwärtigen Lebensstandards zu leisten.

Die soziale Marktwirtschaft kann nicht mit Einzelmaßnahmen erreicht werden, die zumeist unter den wechselnden und sich täglich wandelnden politischen und wirtschaftlichen Konstellationen von Macht- und Interessengruppen stehen. Auf diese Weise kann eine grundsätzliche, über den Tag hinaus gültige Ordnung nicht errichtet werden.

Wir fordern deshalb ein Grundgesetz der Wirtschaft, das von den gesetzgebenden Körperschaften als Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft zu erlassen ist:

I.

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, unbehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das

größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen.

Die soziale Marktwirtschaft wird als Wirtschaftsordnung auf gesetzlicher Grundlage errichtet, die staatlichen Organe enthalten sich jeden Eingriffs in den Ablauf der einzelnen Wirtschaftsprozesse innerhalb dieser Ordnung. Dazu ist erforderlich:

1. Die Währungsverwaltung ist verpflichtet, die Währung der Bundesrepublik so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben. - Das Bundesbankgesetz regelt die Einzelheiten.

2. Der freie und unbehinderte Leistungswettbewerb ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole (Bodenmonopol) sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; solange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und steigender Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihr Entstehen durch die Rechtsordnung zu unterbinden. - Das Antimonopolgesetz regelt die Einzelheiten.

3. Die Bundesrepublik deckt ihren Finanzbedarf ausschließlich aus direkten Steuern auf die verschiedenen Formen der Einkommen.

Die Länder, Kreise und Gemeinden decken ihren Finanzbedarf durch Zuschläge zu diesen Bundessteuern.

Bund, Länder und Gemeinden sind mit Zustimmung der Parlamente berechtigt, auf dem freien Kapitalmarkt für besondere Zwecke Anleihen aufzulegen. - Die Große Steuerreform regelt die Einzelheiten

4. Die Märkte für alle Waren und Dienstleistungen (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen ausschließlich der freien Vereinbarung und der freien Preisbildung. Die Freiheit der Märkte ist durch Gesetz zu sichern.

5. Der Kapitalmarkt ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. - Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

6. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen Freizügigkeit für Menschen, Kapital, Waren und Dienstleistungen. Sie erläßt keine Ein- und Auswanderungsbestimmungen, erhebt keine Zölle und zahlt keine Subventionen. Die Devisenzwangswirtschaft ist aufzuheben, der Wechselkurs der Währung der Kaufkraftparität zu überlassen.

II.

Die Bundesregierung wird ermächtigt und verpflichtet, innerhalb von

drei Jahren, gerechnet von der Verkündigung des Grundgesetzes der Wirtschaft an

1. Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die dieses Gesetz erfüllen
2. Alle Gesetze und Verordnungen, die diesem Gesetz widersprechen, außer Kraft zu setzen.

Die Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft erhält verfassungsrechtlichen Charakter, um den im Grundgesetz formulierten Menschenrechten einen realen Inhalt zu geben.

60 5. Die nächsten beiden Texte Thesen und Telegramm von Ludwig Erhard sind aus „Das Programm der Freiheit – Wortlaut der Vorträge, die auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 6. und 7. November 1952 in Heidelberg gehalten wurden. Aus dieser Tagung ging dann die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft hervor. Auch hier wird in den Thesen unter Nr. 1 die Wertbeständigkeit und die Funktionsfähigkeit der Währung gefordert. Die Funktionsfähigkeit ist ohne konstruktive Umlaufsicherung aber nicht gewährleistet.

61

THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFTSORNDUNG

Die Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem bekundeten Ziel, eine soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen.

Unbestreitbar hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Erfolge erzielt, die beim Amtsantritt kaum für möglich gehalten wurden. Unverkennbar ist jedoch, daß von einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne einer freien Wettbewerbsordnung noch nicht gesprochen werden kann, weil dieses Ziel nicht mit genügend Energie verfolgt worden ist. Es hat sich gezeigt, daß die einzelnen Fragen wie das Notenbankgesetz, die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, das Kartellgesetz, die Steuerreform, die Wohnungswirtschaft und unzählige Einzelgesetze für wirtschaftliche Teilfragen mehr und mehr unter die wechselnden Konstellationen des Tages gerieten und zum Tummelplatz der Interessentengruppen wurden, die sich einmal mehr und einmal weniger durchsetzten.

Es wird oft übersehen und weit unterschätzt, daß diese Ent-

wicklung den staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft ständig verstärkt, die Demokratie unterhöhlt, so daß unsere Gesellschaftsordnung Zug um Zug dem Kollektivismus verfallen muß.

Diese Gefahr kann durch die soziale Marktwirtschaft als Wettbewerbsordnung überwunden werden. Die soziale Marktwirtschaft kann indessen nicht durch punktuelle Einzelmaßnahmen erreicht werden, sondern ihre Verwirklichung erfordert, daß die Wirtschaftsordnung als ein in sich geschlossenes Ganzes gesetzt wird.

Wir fordern deshalb ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft als freie Wettbewerbsordnung:

Dieses Bekenntnis soll die Bundesregierung verpflichten, in angemessener Frist alle Gesetze und Verordnungen, die ihm widersprechen, Zug um Zug aufzuheben und alle, die zu seiner Erfüllung notwendig sind, zu erlassen.

Es ist noch zu wenig in das öffentliche Bewußtsein gedrungen, daß mit der Wirtschaftsordnung auch die Staatsform bestimmt wird. Die Demokratie erfordert als Grundlage unabdingbar eine freie Wettbewerbsordnung (soziale Marktwirtschaft); Demokratie und Zentralverwaltungswirtschaft sind unvereinbar.

Die vollendete soziale Marktwirtschaft ist imstande, den Lebensstandard zu erhöhen, die Kriegsfolgelasten leichter zu tragen, den Lastenausgleich durchzuführen und den Verteidigungsbeitrag ohne Beeinträchtigung des gegenwärtigen Lebensstandards zu leisten. Unter allen denkbaren Wirtschaftsformen ist die soziale Marktwirtschaft diejenige, welche durch den unbehinderten Wettbewerb höchstmögliche Löhne, Gehälter und Einkommen für alle wirtschaftlich Tätigen, niedrigst mögliche Preise für die Verbraucher verwirklicht, und zwar wird dies in einem Ausmaß und Tempo geschehen, das heute noch von vielen als utopisch angesehen wird.

Wir fordern deshalb:

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, ungehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen. Dazu ist erforderlich:

1. Die *Währung* der Bundesrepublik ist so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben.

2. Der *freie Leistungswettbewerb* ist unvereinbar mit monopolo-

listischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; so lange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihr Entstehen durch die Rechtsordnung zu unterbinden.

3. Die *Große Steuerreform* wird organisch den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft angepaßt; sie muß neutral sein gegenüber Konjunktur und Wettbewerb, sie darf den wirtschaftlichen Ablauf nicht hemmen und muß erstreben, die Steuerpflicht mehr und mehr auf die Ergebnisse der Wirtschaft zu verlagern.

4. Die *Märkte für alle Waren und Dienstleistungen* (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen ausschließlich der freien Vereinbarung auf der freien Preisbildung.

5. Der *Kapitalmarkt* ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. - Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

6. Das *Mitbestimmungsrecht* der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben findet seine Grenzen vor den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmer und darf nicht durch betriebsfremde Funktionäre ausgeübt werden.²⁴

7. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen *Freizügigkeit für Menschen, Geld, Kapital, Waren- und Dienstleistungen*. Die Devisenzwangswirtschaft ist zu beseitigen und der freie Handel zu verkünden. Der Wechselkurs der deutschen Währung ist so lange freizugeben, bis in internationalen Verhandlungen mit der Europäischen Zahlungsunion (EZU) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) ermöglicht wird, die innere mit der äußeren Stabilität zu verbinden.

VORSTAND:

Vorsitzer: Otto Lautenbach, Herausg. der „Blätter der Freiheit“, Heidelberg; stellvertretende Vorsitzende: Wilhelm Blum, Direktor, Frank'sche Eisenwerke AG, Adolphshütte, (Niederscheid, Dillkreis); Dr. Johann Lang, Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) e. V, Wiesbaden. - Walter Hoch, Druckerei Martin Hoch, Ludwigsburg; Dr. G. W. Kalbfleisch. Rechts-

24 Anmerkung von TA: Dieser Passus hängt mit der für die Soziale Marktwirtschaft wichtigen Hafungsfrage zusammen. Wer bestimmt haftet. Wer haftet, der darf bestimmen. Das Modell ist aber vereinbar mit dem Gedanken, daß die Arbeitnehmer gleichzeitig haftende Gesellschafter werden und dadurch ein unmittelbares Mitbestimmungsrecht erhalten. Der Gedanke ist nicht illusorisch, weil ihnen im Modell immer mehr vom Kapitaleinkommen als Arbeitseinkommen zufließt und sie in die Lage versetzt ihr Unternehmen aufzukaufen.

anwalt, Gießen; Dr. Alexander Meier-Lonoir, Rechtsanwalt und
Notar, Wiesbaden; Heinrich Schwab, Firma Heinrich Schwab,
Import-Großhandel, Gießen; Prof. Dr. Ernst Winkler,
München-Gräfelfing.

BEIRAT:

Prof. Dr. Paul Diehl, Bürgermeister, München-Gräfelfing; Walter
Großmann, Rektor a. D., Hanau; Dr. Hans Jlau, Frankfurt; Uni-
versitätsprofessor Dr. Franz Böhm, Frankfurt; Adolf Lindenkohl,
Bankkaufmann, Göttingen; Dr. Oswald Mirbach, Bankhaus Vogeler
& Co., Düsseldorf; Dr. Volkmar Muthesius, Wirtschaftsjournalist,
Frankfurt; Universitätsprofessor Dr. Alexander Rüstow, Heidel-
berg; Dipl.-Kaufm. K. K. Schürer, Wirtschaftsprüfer, Coburg;
Dr. med. H. H. Vogel, Bad Liebenzell.

Zur Verwirklichung des Programms der Freiheit haben sich
Frauen und Männer aus allen Ständen in der Aktionsgemein-
schaft Soziale Marktwirtschaft zusammengeschlossen.

Besorgt sehen wir in die Zukunft, weil der totalitäre Macht-
anspruch der Planwirtschaftler mit unverminderter Schärfe gel-
tend gemacht wird, während die Vertreter der freien Wett-
bewerbsordnung, in die Defensive gedrängt, von einem Kom-
promiß in den anderen schlittern und dadurch die soziale Markt-
wirtschaft mißkreditieren.

62

Der Bundesminister für Wirtschaft, *Prof. Dr. Ludwig Erhard*
hat in einem Telegramm²⁵ vom 23. I. 53 die Gründungsversammlung begrüßt:

„Ich brauche wohl nicht eigens zu versichern, daß
das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefaßte Programm der
Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche
ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg.“

63 6. Ich bringe jetzt Ausschnitte aus „Freiheit – oder? - Notizen über die Geschichte der
Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur 'Sozialen Marktwirtschaft' – Eine Denk-
schrift für Otto Lautenbach“, 1980²⁶ von Ernst Winkler, einer der Akteure der ersten
Stunden.

25 Hervorhebung durch größeren Zeilenabstand und größerer Schrift durch TA.

26 Sonderdruck der Fragen der Freiheit. Kontakt www.sffo.de

1. ZWECKBÜNIS MIT DEN NEOLIBERALEN

Die 1951 eingeleitete und 1952 gefestigte Kooperation zwischen Freiwirtschaftlern und Neoliberalen wurde für die folgenden beiden Jahre institutionalisiert und vertieft zwecks gegenseitiger Unterstützung und zum beiderseitigen Nutzen. Leider wurde diese fruchtbare Zusammenarbeit in weiten Kreisen der Wirtschaftswissenschaft nicht mit dem nötigen Verständnis oder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, in weiten Kreisen der Freiwirtschaft nur mit Mißtrauen und Unverständnis beobachtet. Ihr plötzliches Ende mit dem Tod Otto Lautenbachs im Juli 1954 hatte schwerwiegende Folgen nicht nur für einen Rückschlag in der geschichtlichen Entwicklung der Freiwirtschaftsbewegung, sondern auch für die zwanzigjährige Fehlentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und die hieraus entstandenen Krisen von heute.

Diese seine persönliche Überzeugung will der Verfasser in den folgenden Ausführungen begründen und nach Möglichkeit dokumentarisch belegen. Voraussetzung für das Verständnis ist allerdings zunächst die Klärung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Positionen Freiwirtschaft und Neoliberalismus.²⁷

Das gelingt am besten durch Rückgriff auf den Vater der neoliberalen Schule, Walter Eucken, dessen sich anbahnende persönliche Beziehung zu Otto Lautenbach leider, bevor sie die erhofften Früchte tragen konnten, durch Euckens viel zu frühen Tod abgebrochen wurden. In seinem nachgelassenen Werk „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ (1952) entwickelte er die Prinzipien zur Verwirklichung einer „Wettbewerbsordnung“, die in gleicher Weise dem Postulat der Freiheit und einer größtmöglichen sozialen Gerechtigkeit genügen soll.

Sie ruht nach Walter Eucken auf folgenden drei ordnungspolitischen Grundpfeilern:

- 57 -

A. Die sieben „konstituierenden Prinzipien“:

1. als „wirtschaftsverfassungsrechtliches Grundprinzip“ die Herstellung eines „funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz“;
2. das „Primat der Währung“ für die Wettbewerbsordnung und zur Sicherung einer „gewissen Stabilität des Geldwertes“;
3. „Öffnung von Angebot und Nachfrage“ als notwendige Voraussetzung „zur Konstituierung der Wettbewerbsordnung“;
4. „Privateigentum an Produktionsmitteln als Voraussetzung der Wettbewerbsord-

²⁷ Ich weise auch an dieser Stelle darauf hin, daß zwischen dem Wort „Neoliberalismus“ erster Begriffsprägung und der heutigen zweiten Begriffsprägung wesentliche Unterschiede bestehen müssen. Denn wenn heute von den Neoliberalen gesprochen wird, sind die alten Neoliberalen darin nicht zu erkennen. TA

nung“ und „Wettbewerbsordnung als Voraussetzung dafür, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Mißständen führt“ („Kontrolle durch Konkurrenz“);

5. „Gewährleistung der Vertragsfreiheit, um die Wettbewerbsordnung zu konstituieren“ und zugleich ihre Einschränkung durch Verweigerung des Rechtes, „Verträge zu schließen, welche die Vertragsfreiheit beschränken oder beseitigen“;

6. Haftungsprinzip: „Wer für Pläne und Handlungen der Unternehmen (Betriebe) und Haushalte verantwortlich ist, haftet“;

7. „Konstanz der Wirtschaftspolitik (langfristige Festlegung von Steuern, Handelsverträgen, Währungseinheiten usw.).

B. Die drei „regulativen Prinzipien“

1. Monopolkontrolle zu dem Zweck, die Entstehung von Monopolen und Konzernen zu verhindern und die bestehenden aufzulösen, soweit sie vermeidbar sind, oder wenigstens kontrollierend zu steuern, soweit sie unvermeidbar sind.

2. Korrektur der Einkommensverteilung (durch Steuerprogression), soweit sie durch sozial bedingten Mangel gleicher Startchancen verzerrt ist.

3. Sozialpolitik (zum Beispiel nötigenfalls Begrenzung der Planungsfreiheit der Betriebe, Festsetzung von Mindestlöhnen) zum Schutz gegen Raubbau, soweit dieses Ziel durch Konkurrenzmechanismus und Rentabilitätsprinzip nicht erreichbar ist.

- 58 -

C. Die humanitäre Ergänzung

durch „widergelagerte Gesellschaftspolitik“:

Das zu Egoismus und Konkurrenzkampf berechtigende Individualprinzip muß mit dem verpflichtenden Sozialprinzip verknüpft werden; insbesondere muß der Entstehung einer anonymen Massengesellschaft durch Dezentralisierung entgegengewirkt werden.

Die vorstehenden Grundprinzipien wurden in aller Ausführlichkeit zitiert, um ein Urteil darüber zu ermöglichen, 1. wie nahe Euckens Konzept einer „Wettbewerbswirtschaft“ dem freiwirtschaftlichen Modell einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ kommt, 2. wie weit sich die faktische, wirtschaftswunderliche Entwicklung der „Sozialen Marktwirtschaft“ von Euckens Konzept und umso mehr vom freiwirtschaftlichen Modell entfernt hat.

Die Freiwirtschaftler bejahen vorbehaltlos die von Eucken formulierten „konstituierenden Prinzipien“ und stimmen mit ihm auch in der Feststellung überein, daß sie zur Konstituierung einer freien, sozial gerechten, voll funktionsfähigen Marktwirt-

schaft noch nicht ausreichen. Aber sie ziehen aus dieser Feststellung eine andere Konsequenz. Eucken will diese doch recht grundsätzlichen Mängel durch „regulative Prinzipien“ und eine „widergelagerte Gesellschaftspolitik“ ausgleichen, also gewisse Einschränkungen der freien Marktwirtschaft zugunsten einer teilweisen Zentralwirtschaft durch staatliche Planung oder sogar dirigistische Eingriffe zulassen. Die Freiwirte fordern dagegen die vollständige Konstituierung der „Wettbewerbswirtschaft“ durch

Vervollständigung der „konstituierenden Prinzipien“, weil sie bei Eucken die beiden nach ihrer Überzeugung grundlegenden Prinzipien vermissen: erstens Konkretisierung des Prinzips A.2 als „Indexwährung mit Umlaufsicherung des Geldes“, zweitens das Prinzip: „soziales Bodenrecht“.

Wie eine tiefer führende theoretische Analyse zeigt, kann unter diesen Voraussetzungen die zentrale Regulierung nach den Prinzipien B und C (vielleicht bis auf einen kleinen Rest für B.1)

- 59 -

durch eine vollständige Selbstregulierung ersetzt werden im Rahmen einer gesetzlichen (am besten verfassungsrechtlich verankerten) Rechtsordnung zur Schaffung der Bedingungen für eine funktionsfähige monopolfreie Marktwirtschaft, die in einer wirtschaftlichen Dauerkonjunktur bei nicht gehemmter Kapitalbildung zu einem leistungsgerechten Einkommen mit verhältnismäßig geringer Streuung führt. Damit wird auch der Widerspruch zwischen einem leistungsgerechten Einkommen (vgl. B.2) und dem sogenannten „Rentabilitätsprinzip“ (vgl. C) beseitigt; denn das „Rentabilitätsprinzip“ bleibt voll wirksam, soweit es als unentbehrliches Effizienzkriterium für den optimalen

Einsatz von Kapital, Produktionsmitteln und Arbeitskräften dient und damit das Leistungseinkommen, insbesondere den Unternehmergewinn maximiert; aber es verliert seine Gültigkeit, soweit es als harten Kern die „Rendite“ des „funktionslosen Investors“ (J.M. Keynes) enthält, also eine erpresserische Abschöpfung des Realkapitalertrages und des Leistungseinkommens zugunsten des Leihkapitals aufgrund der „Liquiditätspräferenz“ (J. M. Keynes) garantiert.

65

2. AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (ASM)

2.1 Zielsetzung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

a) Konstituierung und Tagungen

Mit der Gründung der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“⁹⁴ in Heidelberg am 23.1.1953 schuf Otto Lautenbach den organisatorischen Rahmen für die beschriebene Kooperation mit den Neoliberalen zum doppelten Zweck der gegenseitigen Annäherung und der gemeinsamen politischen Aktion. Natürlich fand diese Zielsetzung auch ihren personellen Niederschlag in der Zusammensetzung der Führungsgremien. Der aus acht Mitgliedern gebildete Vorstand umfaßte neben vier Freiwirtschaftlern (Otto Lautenbach, Walter Hoch, Ernst Winkler, Heinrich Schwab) maßgebende Männer der Wirtschaft (Wilhelm Blum, Direktor

(Rechtsanwälte Alexander Meier-Lenoir, G.W. Kalbfleisch) und des Verbandslebens (Johann Lang, Anwalt des deutschen Genossenschaftsverbandes); unter den neun Mitgliedern des Beirates befanden sich drei Freiwirtschaftler und drei prominente Neoliberale (Professor Franz Böhm, Professor Alexander Rüstow, Dr. Hans Ilau); zwei weitere führende Neoliberale waren Ehrenmitglieder (Professor Ludwig Erhard, Professor Wilhelm Röpke). Es ist eine kontinuierliche Linie, die vom Bundestag 1951 mit dem Thema „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ über den Bundestag 1952 in nahtlosem Übergang zu den beiden ersten Arbeitstagungen am 20./21.5.1953 und 18./19.11.1953 der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft führt. Die vier Protokolle sind nach ihrer äußeren Aufmachung und dem Inhalt der wiedergegebenen Vorträge kaum zu unterscheiden, aber bei näherem Zusehen findet man unter den Namen der Vortragenden eine zunehmende Zahl prominenter Neoliberaler; zu Alexander Rüstow und Fritz Hellwig (1951, 1952) kamen noch Hans Ilau (Mai 1953) und schließlich Ludwig Erhard und Franz Böhm (November 1953).

b) Programmatische Richtlinien

In ihrem „Aufruf zur wirtschaftspolitischen Entscheidung“ ging die ASM von der Feststellung aus: „Die Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem bekundeten Ziel, eine soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen. Unbestreitbar hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Erfolge erzielt, die beim Amtsantritt kaum für möglich gehalten wurden. Unverkennbar ist jedoch, daß von einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne einer freien Wettbewerbsordnung noch nicht gesprochen werden kann, weil dieses Ziel nicht mit genügend Energie verfolgt worden ist.“

Daher hat sich die ASM zum Ziel gesetzt, „jenseits von Parteien und Interessengruppen für die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft zu arbeiten“ und definiert dieses Ziel konkret durch die folgenden Forderungen als „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung“: ...
(bereits zitiert weiter oben unter Textziffer 61 TA)

Es ist leicht zu erkennen, daß diese Forderungen sich sehr gut mit Euckens „konstituierenden“ Prinzipien und ziemlich schlecht mit seinen „regulativen“ Prinzipien vertragen. Offensichtlich stellt die hier umrissene Vorstellung einer „Sozialen Marktwirtschaft“ eine Weiterentwicklung des Eucken-Konzeptes einer „Wettbewerbswirtschaft“ dar und zwar in der zurückhaltend angedeuteten, aber klar erkennbaren Richtung auf das freiwirtschaftliche Modell einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“.

In der Forderung 1 wird das Eucken-Prinzip (A.2) vom „Primat der Währung“ inhaltlich präzisiert durch die beiden Begriffe „Kaufkraftbeständigkeit“ als Äquivalent der Indexwährung und „Funktionsfähigkeit“ als Deckwort für Umlaufsicherung. Denn bei Weiterentwicklung der Theorie und wenn möglich bei Übersetzung in die Praxis wird die Frage nach dem für die „Funktionsfähigkeit“ notwendigen Mittel akut und unausweichlich.

Mit der Forderung 2 wird das Grundprinzip der Wettbewerbsordnung in der Weise präzisiert, daß erstens durch die Umschreibung als „natürliches Monopol“ das Postulat des „sozialen Bodenrechts“ eingeführt und zweitens für „die übrigen“, also die künstlichen Monopole das regulative Prinzip (B.1) der Monopolkontrolle nur als Übergangslösung anerkannt und im Endergebnis entbehrlich werden soll. In der weiteren Konsequenz werden alle regulativen Prinzipien (B) und die „humanitäre Ergänzung“ (C) entbehrlich durch die Selbstregulation einer marktwirtschaftlichen Ordnung im Sinn der freiwirtschaftlichen Modellvorstellung.

In dem vom Vorstand der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft entworfenen Programm ist demnach implizit die ganze Freiwirtschaftslehre enthalten und zwar in einer Weise, daß sie im Lauf der weiteren theoretischen Entwicklung oder gar prak-

- 63 -

tischen Realisierung mit innerer Notwendigkeit immer klarer heraustreten muß, auch wenn vielleicht die Neoliberalen im Augenblick noch nicht die ganze Tragweite überschauen konnten. Umso bemerkenswerter ist die ausdrückliche Zustimmung, die Wirtschaftsminister Erhard in seinem Telegramm vom 23.1.1953 an die Gründungsversammlung aussprach:...

(Bereits weiter oben unter TZ 62 zitiert. TA)

66 7. Wenn die Menschen, die sich nach dem zweiten Weltkrieg um das Gesellschaftsmodell „Soziale Marktwirtschaft bemühten, heute wahrnehmen könnten, daß der tägliche Börsenbericht und der ständige Zank um das soziale Netz quasi Bestandteil der Nachrichten der öffentlichen Fernsehanstalten ist, würden sie sich im Grabe umdrehen und verbittert abwenden, denn ihre Vorstellung entsprach mehr dem liberalen Sozialismus, der bis auf restliche Kapitaleinkünfte nur das Arbeitseinkommen kannte und ihre Vorstellung von Sozialpolitik bestand darin, die Menschen in die Lage zu versetzen, ohne Staat ihre Vorsorge zu gestalten und aufzubauen.

67 In der Titelgeschichte des *SPIEGELs* vom 9. Sept. 1953 ist zu lesen:

„Bei seinem Lehrer Franz Oppenheimer hatte der Student Erhard in den zwanziger Jahren begierig die für seine spätere Einstellung nicht unbedeutende Lehre der Oppenheimerschen Synthese von Sozialismus und Liberalismus aufgenommen:

'Liberaler Sozialismus, das ist der Glaube an eine Wirtschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Selbstinteresse seine Herrschaft bewahrt und sich in völlig freiem

Wettbewerb durchsetzt. Und in der doch nur noch eine Art von Einkommen existiert, das Arbeitseinkommen, während Kapitalprofite und Grundrenten bis auf harmlose Splitter verschwunden sind. Eine Ordnung, in der also das wirtschaftlich – soziale Klassenverhältnis der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr besteht.' “

68 8. Als Ludwig Erhard noch Minister und Kanzler war, mochte ich Ludwig Erhard nicht besonders. Mein sich entwickelndes ökonomisches Denken stieß sich an seinen Maßhalteappellen, die ich als unsinnig empfand. Ich wußte damals noch nicht, daß er quasi ein politischer Gefangener der CSU/CDU war. Das heißt seine ureigenen Intentionen waren in seiner Partei ohne Widerlager. In der gleichen Ausgabe des SPIEGELS wie oben angegeben, war auch zu lesen:

69

„Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse. Auch im Kabinett. Die Probleme der Wirtschaft waren dem Bundeskanzler mysteriös genug, als Persönlichkeit zog er die Buchhalternatur des ausgezeichneten Fiskalbeamten Schäffer dem Draufgängertum Erhards vor. Außerdem kam Schäffer immer pünktlich zu den Kabinettsitzungen, Erhard nicht.“

70 Zu erst habe ich gedacht, die Journalisten hätten die Wörter freie Wirtschaft und Freiwirtschaft als Synonyme gebraucht und nicht auseinanderhalten können. Aber es gibt genügend Hinweise, daß sich Ludwig Erhard der Freiwirtschaftsschule von Silvio Gesell inhaltlich näher fühlte als die der Nicht-Schule seines geliebten Lehrers Franz Oppenheimer.

71 9. Als die Partei DIE GRÜNEN gegründet wurde, waren wir freiwirtschaftlich orientierten Gründungsmitglieder eigentlich überfordert. Es galt ja nicht nur die Partei aufzubauen, die bald einsetzenden Spannungen auszuhalten, die verschiedenen Strömungen zusammen zu halten, sondern auch auch noch die freiwirtschaftlichen Inhalte einzubringen. Daß das letztere nicht so recht gelang, lag nicht nur daran, daß wir zahlenmäßig völlig unterlegen waren, sondern auch an der unfairen Kampfweise unserer innerparteilichen Gegner. Ich habe mich damals hingesezt und unter Zeitdruck und ohne viel Literatur zur Hilfe zu nehmen den Text „Der Dritte Weg / Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO) – ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung – erstellt zum Programmkongreß

der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken“ verfaßt. Dies hier zu erwähnen ist deshalb interessant, weil ich wohl ziemlich genau das zum Ausdruck gebracht habe, was Jahre vorher wenigstens die freiwirtschaftlichen Mitwirker in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft inhaltlich wollten. Ernst Winkler, der wie aus den vorhergehenden Zitaten hervorgeht, interner Kenner der Aktionsgemeinschaft war, schrieb mir am 11. April 1980:

...“Für Ihre sehr aufschlußreichen Informationen und besonders für Ihr Typoskript „Der Dritte Weg (NWO)“ bin ich sehr dankbar. Zu diesem Entwurf dar ich Ihnen meinen Glückwunsch und meine Hochachtung aussprechen. Sie haben nicht nur die Freiwirtschaftslehre in korrekter und gut verständlicher Weise dargestellt, sondern drüber hinaus ganz im Geist der Freiwirtschaft eine Erweiterung zu einem für heute erforderlichen Programm geschaffen. Auch mit dem überwiegenden Teil dieser Erweiterung bin ich grundsätzlich einverstanden, wenn man auch über diese oder jene Frage noch diskutieren könnte und obgleich viele der von Ihnen aufgegriffenen aktuellen Fragen sich nach Verwirklichung der NWO von selbst erledigen würden.“ ...

72 Gerade wenn eine Einzelmaßnahme, wie „konstruktive Umlaufsicherung“, merkwürdig oder unverständlich erscheint, ist es wichtig, wenn man sich über gesamte Konzept eine Vorstellung machen und eine Meinung bilden kann. Mein hier erwähnter Text ist auf meiner Internetseite unter der Nr. 2 zugänglich.

Abschnitt B) 4

73 Bevor ich auf einen Möglichen Umgang mit der Petition vom Bürger *Adolf Holland-Cunz* eingehe, möchte ich auf Gefahren hinweisen, die dem Modell Marktwirtschaft als Basis einer freiheitlichen Gesamtordnung drohen.

74 Der real existierende Sozialismus ist von den betroffenen Menschen abgewählt worden, weil er einfach nicht hielt, was er versprach. Die real existierende Marktwirtschaft, die eine kapitalistisch deformierte Marktwirtschaft ist, was dem Publikum aber nicht gesagt wird, ist für immer mehr Menschen keine persönlich erlebbare Erfolgsgeschichte, sondern zunehmend und für immer mehr ein Bedrohungsszenario. Die Wörter „Liberalismus“, „Neoliberalismus“ und „Globalisierung“ sind inzwischen Schimpfwörter, Ausdrücke für Ungerechtigkeit, Menschenfeindlichkeit und Unterdrückung der Völker durch das Kapital geworden. Noch ist diese Antihaltung gegenüber dem liberalen Denken eine Minderheitenangelegenheit, in den Hungerländern besonders deshalb, weil die Menschen gar keine Kraft zur Opposition haben. Die Werbung dafür, dieses neoliberale Modell – das nirgendwo ge-

nau definiert wird - in den geschichtlichen Mülleimer zu versenken, ist umfangreich und vielgesichtig. Aber am meisten torpediert die reale Politik (dafür letztverantwortlich die Parlamente, also auch der Bundestag) das Modell Marktwirtschaft. Das Modell wird gerade dadurch abschußreif gemacht, daß die Politik den Systembedingungen des Kapitalismus zu entsprechen versucht, aber anscheinend keine Ahnung von den Systembedingungen der Marktwirtschaft hat.

75 Ein globalisierter Markt könnte wirklich ein Segen für die Menschheit sein, was aber unter dem Schlachtruf Globalisierung betrieben wird, ist tatsächlich häufig menschenfeindlich. Wenn man den Markt als Instrument der Freiheit retten will, wird es Zeit die Marktwirtschaft vom Überlagerungsprinzip *Kapitalismus* zu befreien. Die Voraussetzung dafür ist, daß man den Begriff Globalisierung nicht länger zur Rettung von Privilegien und zur Verschleierung der eigenen Denkschwäche benutzt.

76 Wenn die Menschen zwischen Brot und Freiheit wählen müssen, wählen sie aus dem Selbsterhaltungstrieb mehrheitlich das Brot. So wie die Menschen den Schrecken des selbst erlebten Krieges nach ein oder zwei Generationen vergessen haben und bereit sind, sich zu einem neuen verführen zu lassen, so vergessen sie auch sehr schnell den Mangel und die Drangsal der erlebten Zentralverwaltungswirtschaft oder Kommandowirtschaft, wenn ihnen eine Mischmasch aus unterschiedlichen Ordnungsprinzipien und staatlicher Willkür mit einem Miserablen Ergebnis als das Gegenmodell Marktwirtschaft verkauft wird.

77 An dieser Stelle erreichten mir E-Briefe, von denen ich zwei erwähnen möchte. Der eine Brief ist eine Pressemitteilung von Attac Deutschland. Es heißt dort u. a.:

Das neoliberale Versprechen, dass Freihandel zu Wachstum führe und damit die Armut reduziere, habe sich nicht erfüllt, sagte Alexis Passadakis von der Attac-Arbeitsgruppe Welthandel: "Weltweit steigen Arbeitslosigkeit und Armut, während das Wirtschaftswachstum mit zunehmender Liberalisierung immer geringer wird." Nach Angaben der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sank das weltweite Wachstum pro Kopf von 3,6 Prozent in den 60er Jahren auf 1,1 Prozent in den 90ern; gleichzeitig nahm die Arbeitslosigkeit in den meisten Weltregionen zu und die Zahl der Hungernden stieg.

78 Und in einem Offenen Brief aus Österreich von Hermann Szlezak heißt es u. a.:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler ! Sehr geehrter Herr Finanzminister !

Dem Buch „ Die Schatten der Globalisierung“ von Joseph Stiglitz Nobel-Preisträger, ehem. US- Präsidentenberater, usw. kann man auf Seite 93 und 290 entnehmen: Die >heilige< Kuh der Wirtschaftswissenschaften, die Selbst-Regulierung der Preise durch die unsichtbare Hand des Adam Smith ist >geschlachtet<. Stiglitz schreibt:

„Der Ideologie der freien Marktwirtschaft liegt ein – vielfach Adam Smith zugeschriebenes ---Modell zugrunde, wonach Marktkräfte – im Wesentlichen die Gewinnerzielungsabsicht--- die Volkswirtschaft wie von unsichtbarer Hand zu effizienten Ergebnissen führen. Eine der großen Leistungen der modernen Volkswirtschaftslehre besteht darin, dass sie aufgezeigt hat, in welchem Sinne und unter welchen Bedingungen Smith` Schlussfolgerungen zutreffen. Wie sich zeigte gelten sie nur unter ganz spezifischen Bedingungen .So haben jüngste Erkenntnisse in der volkswirtschaftlichen Theorie – die ironischerweise genau zu der Zeit gewonnen wurden, als die wirtschaftspolitischen Leitlinien des >> Washington Consensus << am nachdrücklichsten propagiert wurden – nachgewiesen, dass bei > unvollkommener < Information und bei > unvollständigen < Märkten, anders gesagt: I M M E R und besonders in Entwicklungsländern, die unsichtbare Hand höchst > unvollkommen < funktioniert. Es gibt somit wünschenswerte staatliche Eingriffe, die, grundsätzlich, die Effizienz des Marktes steigern können.“ ...usw... S. 290.

79 Nun kann man als Sozialist – konservativer Art- frohlocken und sich denken, lassen wir den Zug so laufen wie er läuft, dann kommen wir am schnellsten dahin, wo wir uns zu Hause fühlen. Und als Liberaler – konservativer Art – kann man sein überlegenens Lächeln aufsetzen und sagen: Wir wissen doch, daß die Marktkräfte die stärkeren sind. Als Sozialdemokrat – konservativer Art – kann man sagen, was soll´s, wir haben schon immer versucht das Glück der Menschen durch Staatseingriffe zu planen. Der Verruf des marktwirtschaftlichen Modells, gibt uns eine neue Chance. Die CSU/CDU – konservativer Art – kann konstatieren: Wir sind groß geworden mit dem Verrat marktwirtschaftlicher Prinzipien, also bleiben wir dabei. Die Grünen – undefinierbarer Art – können sich weiter im hilflosen Schulterzucken üben. Aber alle werden, wenn sie ein solches fatales Denken nicht selbst überwinden, die Knute zu spüren bekommen, entweder die der Unterdrückten oder die der neuen Unterdrücker, die wir noch nicht kennen. So unscheinbar der Baustein „konstruktive Umlaufsicherung“ aussieht. Er kann helfen, daß die Knute – deren unterdrückende und zerstörerische Kraft aus der Masse kommt, im Panzerschrank des Volkes unter Verschuß bleibt. Masse wird das Volk aber nur, wenn das Volk gehindert wird lebensbejahende und Geborgenheit gebende Strukturen zu bilden. Das können Stellvertreter allein nicht bewerkstelligen. So unscheinbar der strukturelle oder institutionelle Baustein „kon-

struktive Umlaufsicherung“ auch ist, er ist der Schlüssel, der das Tor zu einem ungeahnten Himmel auf Erden öffnet.

80 Und noch etwas anderes: Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft - andere nennen sie auch Natürliche Wirtschaftsordnung, Freiwirtschaft, Humanwirtschaft, Fairconomy oder auch Equilibriismus – hätte eine Wiedergutmachung der Schuld, die die Deutschen auf sich geladen haben, in dem Sinne sein können, daß wir der Welt gezeigt hätten, wie die Menschen konfliktfreier in einem Stand leben können, in dem sie sich wohlfühlen (Wohlstand). Zeigen wir nach einem halben Jahrhundert Versäumnisse, in der wir uns neue Schuld aufgeladen haben, den Mensch bei uns und in aller Welt wie sie sich für Brot und Freiheit entscheiden können.

Abschnitt B) 4

81 Wenn man die ganzen ökonomischen Probleme, die wir haben, betrachtet, wenn man bedenkt wie viel Fehlentscheidungen die Parlamente aufgrund mangelnder Theoriebildung treffen, dann sollte man doch annehmen, daß die Forschungsförderung sich nicht auf Militärtechnik, Raum- und Genforschung konzentriert, sondern auf Klärung eben unserer ökonomischen Verhältnisse. Ich habe keine Antwort auf die Frage, warum die Forschungsförderung falsche Schwerpunkte setzt. Eine mögliche Antwort ist, daß jede einzelne Klärung ökonomischer Fragen auch inhaltliche Positionen ideologischer Art in den Parteien erschüttert. Die vermeintliche Orientierungssicherheit mit und in falschen Vorstellen hat offensichtlich ein größeres Gewicht, als das anfangs ungelenke Hantieren mit neuen erfolgversprechenden Erkenntnissen.

82 Es war noch in den 70er Jahren, als in einem Fachausschuß der FDP die Energieförderung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gefordert wurde.²⁸ Man hatte richtig festgestellt, daß bei einer hohen Beschäftigung auch ein hoher Energieverbrauch zu verzeichnen ist. Man schloß fälschlicher Weise daraus, daß eine Steigerung des Energieverbrauchs auch eine Steigerung der Beschäftigung bedeuten würde. Ich habe meinen damaligen Parteifreunden versucht zu vermitteln, daß man auch bei Kerzenlicht eine Vollbeschäftigung haben könnte. Es ist mir nicht gelungen.

28 Natürlich nachdem man sich wie immer vorher auf einen Abbau der Subventionen geeinigt hatte.

83 Das die Wirtschaftswissenschaft wirklich eine Wissenschaft ist, bezweifeln vereinzelt heute sogar Menschen, die hier ihr Brot verdienen, die meisten igeln sich mit Selbstschutzbehauptungen ein. Eine Wissenschaft, die auf wiederholbare Experimente verzichten muß und ihre Erkenntnisse nur durch den geschichtlichen Ablauf der Geschehnisse in den Gesellschaften und durch Theoriebildung gewinnen kann, hat es natürlich auch schwer. Die Mathematisierung der Wirtschaftswissenschaft, mit der man diesen Mangel zu entkommen suchte, war in der Tat wohl nur eine Flucht, denn Klarheit hat sie nicht gebracht.²⁹ Das es innerhalb der theoretischen Ökonomie zur Schulbildung kommt, kann sogar förderlich sein, wenn damit ein offener Wettbewerb verbunden ist. Die Schulbildung ist dann schädlich, wenn die Ökonomieschulen wie Priesterseminare betrieben werden, sich gegenseitig abschotten, Seilschaften bilden und alles bekämpfen oder ignorieren, was nicht ihrer Meinung ist. Neulich wurde ich an meine eigenen Erfahrungen mit dieser Verhaltensweise in der Akademie für Wirtschaft und Politik in den Jahren 1964/66 erinnert. Ich habe dazu den Text „Die Hemmungen des ökonomischen Fortschrittes durch herrschende Lehrmeinungen und die Fruchtbarkeit des Streites über theoretische Aussagen“ unter der Nr. 36 auf meine Internetseite gestellt.

84 In der Tagung der Evangelischen Akademie Loccum „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ im Oktober 1972³⁰ unter anderem mit Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard habe ich sinngemäß gesagt, daß die Wirtschaftswissenschaftler mit der Auflösung des magischen Drei- oder Vierecks (Erreichung der darin genannten Ziele.) ihre Mondlandung versuchten. Dabei wüßten sie im Gegensatz zu den Raumfahrttechnikern aber nicht einmal, ob ihre Raketen vor- oder rückwärts flögen. Hat sich die Situation geändert?

85 Da die Freiwirtschaftsschule, das Wissen um die Natürliche Wirtschaftsordnung, wohl nebenher durch einzelnen Hochschullehrer aber nicht durch einen einzigen Lehrstuhl oder ein einziges Institut im Hochschulbereich vertreten wird, sondern nebenberuflich von Men-

29 Das ist eine übernommene Erkenntnis, denn als Volksschüler in Kriegszeiten habe ich selbst wenig von der Mathematik mitbekommen, trotzdem bin ich in der Lage eine generelle Mathematisierung der ökonomischen Lehre als Umweg zu erkennen, denn am Anfang der Erkenntnis stehen die sprachlichen Begriffe und vor der Anwendung ist wieder die Fassung des Inhaltes in sprachlichen Begriffen erforderlich. Welche Verwirrung diese Mathematisierung geschafft hat, wird deutlich, wenn in einem aktuellen Brief aus der Bundesbankzentrale behauptet wird, daß die Banken Geld aus dem Nichts schaffen können. Mich wundert, daß die Händler, Handwerker und z.B. die Autobauer diese Methode noch nicht übernommen haben.

30 Oder es war in der Tagung „Die Zukunft der Ökonomie“ / Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsansätze im Vergleich“ im Mai 1984, ebenfalls in Loccum.

schen aller Berufsstände³¹ am Leben gehalten wurde und wird, konnte keine systematische Schulung dessen vorgenommen werden, was den Kern dieser Schule ausmacht. Jeder Neuzugang bedeutet da meist auch eine Anreicherung mit inhaltlichen Elementen aus anderen Schulen oder mit eigenen gedanklichen Eigenprodukten. Dadurch kommen sinnvolle Ergänzungen zustande, aber auch inhaltliche Unverträglichkeiten, so daß es nicht leicht ist einem Ratsuchenden eine Empfehlung in Bezug auf Literatur und Referenten zu geben. Unter der aktuellen Literatur würde ich raten zu den Titel „Das Geld-Syndrom“ und „Die 29 Irrtümer rund ums Geld“ von Helmut Creutz zu greifen.

86 Bei allem Klärungsbedarf, den wir in Bezug auf die Ökonomie haben, würde ich aber nicht empfehlen, mehr Forschungsgelder in die „Wirtschaftswissenschaft“ zu stecken, sondern das, was dort gelehrt wird, auf diese Wissenschaft selbst anwenden. a) Zurückweisen von unbrauchbarer Produkten in Form von Gutachten, b) Entlassung aller bezahlten ökonomischen Berater politischer und staatlicher Gremien, c) Streichung jeglicher Zuwendungen an Wirtschaftsforschungsinstitute, d) keine Übernahme von Wirtschaftswissenschaftlern in den Beamtenstatus, e) Einsatz – soweit rechtlich durchsetzbar – der Wirtschaftswissenschaftler wenigstens mit der Hälfte ihrer Arbeitszeit zur Betreuung von Arbeitslosen, Wohnungslosen und von Menschen, die zahlungsunfähig geworden sind, f) die öffentliche Empfehlung an junge Menschen, lieber sich die Inhalte einer der Weltreligionen anzueignen – die wenigstens Nahrung für die Seele enthalten – , als sich mit Inhalten einer „Wissenschaft“ von der Ökonomie abzuplagen, die die Welt bedrückt statt beglückt. Es ist sozusagen ein Hartz-IV-Programm für Ökonomen – fördern und fordern. Durch ein solches Verfahren würden sich natürlich nicht alle Menschen davon abbringen lassen, sich mit der Ökonomie zu beschäftigen, aber der Spreu würde vom Weizen getrennt und aus dem Weizen ließe sich ein schmackhaftes Brot backen.

Abschnitt B) 5

87 Wie sollte der Petitionsausschuß nach meiner Meinung mit der Öffentlichen Petition Nr. 8, deren Bedeutung ich lang und breit versucht habe zu verdeutlichen, umgehen? Ehrlich gesagt ich weiß es nicht. Ich weiß aber, was der Petitionsausschuß nicht tun sollte, nämlich

31 Die in wenigen kleinen Vereinigungen organisiert sind oder wie ich als vereinsunabhängige Einzelwirker – wie ich – tätig sind.

sagen: „Da wir keine nationale Währung mehr haben, ist der Bundestag nicht mehr zuständig.“ Das würde nämlich bedeuten, daß der Deutsche Bundestag die Interessen des deutschen Volkes (und gleichzeitig die Interessen der anderen europäischen Völker) für das Lob des Wohlverhaltens verraten und verkauft hat.

88 Ich konnte mir „Die Verträge von Maastricht“ im Hinblick auf Anpassungsoffenheit und Änderungsregeln nicht genau ansehen. Im Artikel 3a (1) des EG-Vertrages haben die Mitglieder sich aber auf eine offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet. Und unter (3) ist zu lesen:

„Diese Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft setzt die Einhaltung der folgenden richtungsweisenden Grundsätze voraus: stabile Preise, gesunde öffentliche Finanzen und monetäre Rahmenbedingungen sowie eine dauerhaft finanzierte Zahlungsbilanz.“

89 Die von dem Petenten *Adolf Holland-Cunz* geforderte *konstruktive Umlaufsicherung* gehört zu den „monetären Rahmenbedingungen“ und ist somit Gegenstand des Vertrages und auch gleichzeitig ein Mittel um die anderen Bedingungen überhaupt einhalten zu können.

Abschnitt B) 6

90 Sehr geehrte Frau Naumann, sehr geehrten anderen Mitglieder des Petitionsausschusses, als sich bei mir das Gefühl entwickelte, ich müsse dem Petitionsausschuß die praktische und theoretische Bedeutung der Öffentlichen Petition Nr. 8 vermitteln, hatte ich an einem Schreiben von 5 Seiten gedacht. Es sind fast 38 geworden. Um die inhaltliche Bedeutung des Antrages sichtbar zu machen, mußte ich in die Breite gehen. Ich war aber nicht in der Lage, das Thema noch mehr zu verdichten, als es mir in der vorliegenden Form gelungen ist. Da bei der Flut von bedrucktem Papier, die bzw. das heute um Aufmerksamkeit des einzelnen Bürgers heischt, auch Vieles verloren geht, werde ich diese zwei Stellungnahmen in einem Schriftsatz nicht nur auf dem Postweg zu Ihnen und dem Petenten, Herrn Adolf Holland-Cunz, geben, sondern auch versuchen, die Fraktionen und die mir erreichbare Öffentlichkeit zu versorgen. Da ich mir den Druck mit Postversand nur für wenige Exemplare leisten kann, erfolgt diese weitere Information per E-Mail mit Anhang und über meine Internetseite. Gerne würde auch die 2570 Mitunterzeichner (nach dem Stand vom 10. 12. 05) der Petition Nr. 8 mit meinem Text direkt versorgen. Ich kenne dazu aber keinen gang-

baren Weg. Und mit der Möglichkeit, daß der Petitionsauschuß dabei behilflich ist, kann ich wohl nicht rechnen.

91 Diese, meine Arbeit hat natürlich auch Zeit gekostet. Zeit die ich meinen Pflichten als Hausmann schuldig geblieben bin und die somit meine Frau belastet hat und meinen Kindern als Zuwendung fehlen. Es ist kein Wunder, daß meine Frau lieber gesehen hätte, wenn ich z. B. die Wäsche zusammengelegt hätte, als durch einen xtes Schreiben zu versuchen, die „Republik zu retten“. Aber was wäre, wenn auch noch die Menschen resignieren würden, die versuchen, durch den Gebrauch der Sprache die Welt ein bißchen zu verbessern? Es bliebe doch nur die Faust oder die Bombe. Eine grauenhafte Vorstellung, die nicht zum bevorstehenden Weihnachtsfest paßt.

Es grüßt

Tristan Abromeit